

E+Z

ENTWICKLUNG UND
ZUSAMMENARBEIT

E+Z

DEVELOPMENT AND
COOPERATION

D+C

Internationale
Zeitschrift

ISSN
2366-7249

DIGITALE MONATSAUSGABE

2023 05

PAKISTAN

Wie eine komplette
Katastrophendynamik
entstanden ist

WELTBANK

Forschung muss weniger
orthodox werden und
Klima berücksichtigen

AFRIKA

Viele Regierungschefs
gebärden sich wie
Monarchen



Migration und Flucht

Editorial

- 3 **KATHARINA WILHELM OTIENO**
Recht auf Heimat

Magazin

- 4 **SUNDUS SALEEMI**
Pakistans komplette Katastrophendynamik
- 6 **INTERVIEW MIT JÜRGEN ZATTLER**
Weltbankforschung muss weniger orthodox werden
- 9 **BEAUTY EMEFA NARTEH, FELIX MEYERHOFF UND HANNAH JANETSCHKE**
SDG-Beratungsgremien in Ghana und Deutschland
- 11 **JÖRG DÖBEREINER**
Evaluierungsbericht belegt GIZ gute Arbeit
- 13 **DERRICK SILIMINA**
Sambia hat die Todesstrafe abgeschafft

Debatte

- 14 **BABA G. JALLOW**
Afrikanische Regierungschefs gebärden sich wie Monarchen
- 15 **ADAZE OKEAYA-INNEH**
Weshalb die Ruhe nach Nigerias Wahlen unheimlich wirkt
- 16 **KARIM OKANLA**
Benins Demokratie wird schwächer

- 17 **SUPARNA BANERJEE**
G7 müssen autoritären Tendenzen in Indien widersprechen

- 18 **JAMES SHIKWATI**
Die neue Afrika-Strategie des BMZ ist von europäischen Denkweisen geprägt

Schwerpunkt: Migration und Flucht

- 21 **FATOU FAYE**
Senegal unterstützt zulasten der eigenen Bevölkerung die rigide Migrationspolitik der EU
- 23 **ALBA NAKUWA**
Auf Dauer haben es südsudanesische Geflüchtete in Kenia schwer
- 24 **DAGMAR WOLF**
Flucht ist schon immer Teil des Weltgeschehens
- 26 **STEPHANIE DEUBLER UND ASTRID PETER**
Migration hat transformatives Potenzial – und es sollte genutzt werden
- 28 **FABIO ANDRÉS DÍAZ PABÓN**
Gefährlicher Dschungel auf dem langen Weg in die USA
- 30 **OLIVER HARRY GERSON**
EU-Flüchtlingspolitik geht zulasten von Menschenrechten
- 32 **SUPARNA BANERJEE**
Hochschulerfahrungen einer indischen Doktorandin in Kalkutta und Bonn

SCHWERPUNKT

Migration und Flucht

Menschen verlassen seit jeher ihre Heimat. Manche sind dabei auf der Suche nach würdigeren Lebensbedingungen wie höheren Einkommen oder besseren Jobmöglichkeiten. Andere müssen vor Gewalt fliehen oder werden etwa aufgrund ihrer politischen Ansichten, Religion oder sexuellen Identität vertrieben. Auch nach mehreren hundert Jahren Migration gibt es noch immer keine brauchbaren Regeln. Stattdessen verhindern aufgeblähte bürokratische Prozesse die in vielen Ländern dringend benötigte Zuwanderung (Seite 20).

Titelseite: Pflegeschülerin aus El Salvador in einem Thüringer Altenheim.

Foto: picture-alliance/dpa/Martin Schutt





 **Unser Schwerpunkt zum Thema Migration und Flucht beginnt auf Seite 20. Er hat direkten Bezug zum 10. UN-Ziel für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goal – SDG): Weniger Ungleichheiten.**

Recht auf Heimat

Jeder Mensch sollte an dem Ort bleiben können, an dem er bleiben will. Dieser simple Satz bezieht sich auf eine komplexe Realität. Seit eh und je bleiben wir nicht unbedingt dort, wo wir geboren wurden oder aufwuchsen. Menschen fliehen wegen Krieg, Katastrophen oder weil sie aus politischen, religiösen oder anderen Gründen verfolgt werden. Wo gegen Menschenrechte verstoßen wird, gibt es Anlass zur Flucht. Obendrein macht die Klimakrise die Heimat vieler Menschen allmählich unbewohnbar.

Menschen ziehen aber auch weg, um anderswo mehr Geld verdienen zu können oder überhaupt Arbeit zu finden. Junge Menschen studieren im Ausland, und manche bleiben dann auch dort.

Flucht ist laut internationalem Recht eine Art der Migration, die dem Überleben dient. Diese Definition ist aber schwammig. Ab wann geht es ums Überleben? Bereits im Fall der jungen Kenianerin, die als Haushaltshilfe im Oman mit Heimatüberweisungen die Existenz ihrer Familie sichert? Bei der Afghanin, die studieren will, was sie in ihrem Land theoretisch nur als Mann verkleidet unter Lebensgefahr tun könnte? Oder erst bei der Ukrainerin, deren Heimat von der russischen Armee überfallen wird?

Migration selbst ist manchmal lebensgefährlich. In der Hoffnung auf ein Leben in

Würde setzen Menschen auf Schlauchbooten über das Mittelmeer. Andere durchqueren zu Fuß die Dschungel Mittelamerikas oder Südasiens.

Laut rechtspopulistischer Propaganda drohen reiche Industrienationen überrannt zu werden. Tatsächlich sind es aber Länder wie die Türkei, Kolumbien oder Uganda, die die meisten Geflüchteten aufnehmen. Die größten Flüchtlingslager der Welt sind nicht auf Lampedusa oder Lesbos, sondern in der kenianischen Wüste oder in den Sümpfen Bangladeschs.

Andererseits brauchen Industrienationen dringend Fachkräfte – nicht nur, aber besonders im Gesundheitswesen. Rechtspopulistische Kräfte leugnen diese Realität. Damit gefährden sie nicht nur die wirtschaftliche und soziale Zukunft der Zuwanderungsländer. Sie stören auch den inneren Frieden, weil ihre feindselige Rhetorik alle ausgrenzt, die selbst eingewandert sind, aus migrantischen Familien stammen oder sich mit migrantischen Nachbarn wohl fühlen.

Oft wird auch übersehen, dass so gut wie jede Familie eine Migrationsgeschichte hat. Besonders die Republikaner in den USA scheinen immer wieder zu vergessen, dass ihre ganze Nation auf Einwanderung – und Genozid der indigenen Bevölkerung – aufgebaut ist.

Nach liberalem Weltverständnis gibt es vier Freiheiten: freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Personen. Für die vierte Freiheit fehlt es der Weltgemeinschaft an brauchbaren Regeln. Besonders Länder mit hohen Einkommen müssen Einwanderungsmöglichkeiten schaffen und unnütze, aufgeblähte Prozesse abbauen. Die strenge Absperrung der Grenzen widerspricht ohnehin menschenrechtlichen Prinzipien.

Reduktion von Ungleichheit ist das 10. UN-Ziel für nachhaltige Entwicklung (SDG – Sustainable Development Goal). Erwähnt wird ausdrücklich, dass geordnete, sichere, reguläre und verantwortungsvolle Mobilität erleichtert werden muss.

Alle Menschen müssen ein Recht auf Heimat haben: ein Recht darauf, dass diese Heimat bewohnbar bleibt, dass dort Frieden herrscht und alle die Chance auf nachhaltigen Wohlstand haben. Dazu gehört auch, dass sie in der Heimat, die sie sich ausgesucht haben, gleichberechtigt behandelt werden und keine Diskriminierung fürchten müssen.



KATHARINA WILHELM OTIENO
ist Redakteurin bei **E+Z/D+C**.
euз.editor@dandc.eu



Alba Nakuwa ist als Kind vor dem Bürgerkrieg im Südsudan nach Kenia geflüchtet. Sie konnte durch die Hilfe einer deutschen Nonne an der Mount Kenya University Journalismus studieren. Alba Nakuwa schrieb für die Kenya News Agency und ist als Jugendarbeiterin bei der Organisation Nguvu Edu Sport in Kenia tätig. Dort betreut sie Mädchen aus armen Familien und berät zu Themen wie Gendergerechtigkeit. Sie schreibt für E+Z als freie Mitarbeiterin (Seite 23).

► **Alle Schwerpunkttexte erscheinen auch auf unserer Website www.dandc.eu, auf der Sie weitere Beiträge zum Thema finden werden.**



Chinesische Darlehen haben Infrastrukturvorhaben ermöglicht: Metro-Passagierin in Lahore.

STAATSSCHULDEN

Komplette Katastrophendynamik

Pakistans Volkswirtschaft steckt in einer tiefen Krise, die sich schnell verschärft. Viele Probleme haben innenpolitische Ursachen, werden aber von internationalen Entwicklungen verstärkt.

Von Sundus Saleemi

Wie alle im Ausland lebenden Pakistanis wissen, kursieren im Internet seit Monaten immer mehr Aufrufe, bedürftige Familien mit Geld- oder Sachspenden zu unterstützen. Menschen leben massenhaft in verzweifelter Lage. Das betrifft auch viele, die glaubten, sicheren Mittelschichtstatus erreicht zu haben.

Am 1. April teilte Reuters mit, Pakistan erlebe die höchste Inflationsrate aller Zeiten – und 16 Menschen seien beim Massenandrang auf Lebensmittelhilfe zu Tode gedrückt worden. Tatsächlich tun sich Millionen von Pakistanis schwer, Essen zu beschaffen. Wo Notrationen ausgeteilt wer-

den, herrscht heftige Nachfrage, und das enge Gedränge ist manchmal tödlich.

Selbst während des Ramadan galt es diesmal als Luxus, Obst zu kaufen. Im heiligen Monat des Islam fasten die meisten Pakistanis tagsüber, gönnen sich aber normalerweise nach Sonnenuntergang besondere Leckerbissen. Wie immer in Krisenzeiten haben vor allem Frauen und Mädchen zu leiden.

Dem nationalen Statistikbüro zufolge betrug die jährliche Preissteigerung bei Lebensmitteln im März 50 Prozent, während die Verbraucherpreise allgemein um 35 Prozent gestiegen waren. Die ökonomischen Aussichten sind düster. Der Internationale Währungsfonds (IWF) rechnet im laufenden Finanzjahr mit nur 0,5 Prozent Wachstum, während die Weltbank von 0,4 Prozent und die Asiatische Entwicklungsbank von 0,6 Prozent ausgehen.

Noch vor wenigen Monaten waren die Prognosen günstiger. Im Oktober stellte

der IWF 3,5 Prozent Wachstum in Aussicht (nach sechs Prozent im Finanzjahr zuvor).

Auch eine Energiekrise macht Pakistan zu schaffen. Landesweite Stromausfälle fühlen sich mittlerweile normal an. Pakistan hängt – auch für die Stromerzeugung – von Treibstoffeinfuhren ab.

Deshalb ist das Dahinschwinden der Währungsreserven alarmierend. Derzeit betragen sie rund 4 Milliarden Dollar und reichen höchstens für die Einfuhren eines Monats. Die Regierung musste im Winter nichtexistenzielle Einfuhren stoppen. Das hat die Wirtschaftstätigkeit weiter gebremst, denn seither herrscht Mangel an Rohstoffen und Vorprodukten.

Die gewaltigen Auslandsschulden belasten die Volkswirtschaft. Die internationale Initiative Debt Relief schätzt, die Regierung werde dieses Jahr 47 Prozent ihrer Einnahmen für Schuldendienste benötigen. Sie schuldet ausländischen Institutionen rund 100 Milliarden Dollar. Grob ein Drittel beruht auf Darlehen von China und dortigen staatseigenen Banken.

Angesichts der akuten Notlage braucht Pakistan dringend frisches Geld vom IWF oder von „befeundeten Ländern“. Zusätzliche Kredite aus China oder den Golfstaaten können dem Staat zwar kurz-

fristig Luft verschaffen, machen aber die langfristige Schuldenlast schwerer.

ANGESPANNTE BEZIEHUNGEN ZUM IWF

IWF-Fachleute irritiert, wie schlecht Pakistans Volkswirtschaft gemanagt wurde. Das belegen makroökonomische Daten. Obendrein wissen IWF-Angestellte, dass es bereits viele Hilfsprogramme gab, nachhaltige Ergebnisse aber ausblieben.

Pakistan bekommt aktuell bereits Unterstützung vom IWF. 3,9 Milliarden von 6,5 Milliarden Dollar einer Extended Fund Facility (EEF) wurden bereits ausgezahlt. Dieses EEF-Paket vereinbarte der Fonds noch mit der Regierung des früheren Premierministers Imran Khan. Zu dem Paket gehören verbindliche Zielvorgaben, die Pakistan erreichen sollte. Dabei geht es um Indikatoren für makroökonomische Stabilität wie die Staatsausgaben und die Schulden-tragfähigkeit.

Um die Ziele zu erreichen, hätte die Regierung Ausgaben kürzen müssen. Das wäre aber schmerzhaft gewesen, denn ein Viertel der Bevölkerung lebte bereits vor der aktuellen Krise unterhalb der Armutsschwelle. Es liefe auch nicht wie vereinbart. Voriges Jahr versäumte Pakistan mehrere makroökonomische Zielmarken.

Das lag teilweise an internationalen Entwicklungen, auf welche die Regierung keinen Einfluss hat. Die Klimakrise wirkte verheerend. Erst kam eine schreckliche Hitzewelle und dann zuvor nie erlebtes Hochwasser. Die Folgen waren Tod, verlorene Erwerbsgrundlagen und zerstörte Infrastruktur. Unter anderem wurde die Baumwollenernte beeinträchtigt. Das wiederum ging zulasten der Währungsreserven, denn die Textilindustrie ist eine wichtige Exportbranche.

Die Regierung musste mit staatlichen Mitteln Nothilfe leisten. Das ist auch internationalen Institutionen klar. Geberstaaten

haben dafür Geld zugesagt. Akzeptiert wird generell auch, dass Pakistan unter den Auswirkungen des Ukrainekriegs leidet, weil er Lebensmittel und Energie teurer gemacht hat.

Dass makroökonomische Ziele verfehlt wurden, hatte aber auch heimische Gründe. Als Premierminister Khan und seine Partei PTI (Pakistan Tehreek-e-Insaf) die Gunst der Spitzenmilitärs verloren, versuchten sie sich verzweifelt an die Macht zu klammern. Khan griff zu Treibstoffsubventionen und Steueramnestien. Beides ging zulasten von Haushaltsdisziplin und Währungsreserven.

Dennoch konnte sich Khan nicht im Amt halten. Er verlor eine Vertrauensabstimmung im Parlament, und im April 2022 trat eine neue Regierung unter Premierminister Shehbaz Sharif an. Es handelt sich um eine komplizierte Koalition aus vielen Parteien. Sie hielt an den Treibstoffsubventionen fest. Obendrein verschlimmerte sie

Extremes Missverhältnis

Pakistans Militärhaushalt ist riesig, aber sein Steueraufkommen ist winzig. Dieses Missverhältnis trägt zur schweren Wirtschaftskrise bei.

Es ist ein riesiges Problem, dass die Militärausgaben als unantastbar gelten. Offiziell liegt das an den existenziellen Bedrohungen, denen Pakistan vermeintlich ausgesetzt ist. Seit der Unabhängigkeit agitieren die Spitzenpolitiker dieser mehrheitlich muslimischen Nation gegen den großen und mehrheitlich hinduistischen Nachbarn Indien.

Die volle Wahrheit ist aber, dass das pakistanische Militär eine sehr mächtige Institution ist. Es prägt nicht nur die Politik, sondern – dank seiner vielen Firmen – auch die Volkswirtschaft. Militärdiktaturen haben das Land jahrzehntelang regiert und in er-

heblichem Umfang aggressive Identitätspolitik betrieben.

Manche Leute tun die Militärausgaben als unvermeidliche Notwendigkeit ab. Es ist aber befremdlich, dass hochrangige Offiziere nie Einschnitte erleben, egal wie schlecht es der Bevölkerung insgesamt geht. Und es ist bemerkens-

wert, dass sich dieses auf ausländische Hilfe angewiesene Land den Bau und Unterhalt von Atomwaffen leisten kann.

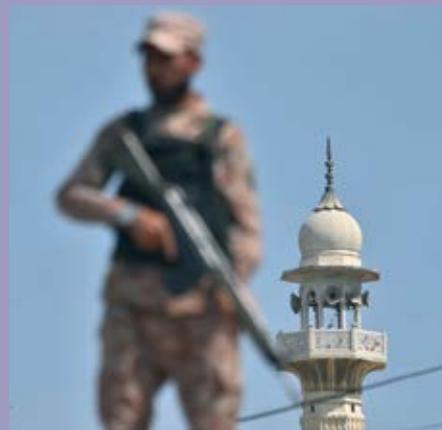
Derweil bleibt das Steueraufkommen gemessen am Bruttoinlandsprodukt winzig. Seit zwei Jahrzehnten liegt es dem Federal Board of Revenue zufolge sogar unter zehn Prozent.

Entsprechend sind die öffentlichen Leistungen in Pakistan sehr schwach. Die Wasser-,

Strom- und Gasversorgung ist unzuverlässig. Pakistanis fühlen sich von staatlichen Institutionen kaum unterstützt und haben in Notlagen keine soziale Sicherung. Dass Bildung, Gesundheitswesen und Sicherheitsdienste zunehmend privatisiert wurden, trägt zur Misere bei.

Die meisten Leute denken, Regierung und Behörden missbrauchten öffentliche Mittel. Sie sind es gewohnt, dass staatlich finanzierte VIP-Konvois die Straßen verstopfen. Entsprechend gilt Steuervermeidung als völlig akzeptabel.

Das Steuersystem ist obendrein regressiv. Es stützt sich vor allem auf Verbrauchssteuern, die einkommensschwache Haushalte besonders belasten. Derweil ist der informelle Sektor riesig. Kleinhandel, Kleingewerbe und kleine Bauernhöfe sind weder registriert noch staatlichen Regeln unterworfen. Sie zahlen folglich auch keine Steuern. SS



Pakistans teure Armee neigt zu aggressiver Identitätspolitik.



die Lage noch dadurch, dass sie die pakistanische Rupie fest an den Dollar band. Das hält den offiziellen Wechselkurs künstlich hoch und lässt den Schwarzmarkt blühen. Informelle Finanzdienstleister gewinnen entsprechend an Boden, während das reguläre Bankwesen geschwächt wird.

Es wird allgemein akzeptiert, dass globale Entwicklungen Pakistan überfordert haben. Auch internationale Finanzinstitutionen sehen das so. Andererseits ist Pakistan bei IWF-Angestellten für wiederholtes Politikversagen bekannt. Sie fragen sich, ob irgendeine Regierung in Islamabad je Versprechen erfüllen wird.

Zur Wahrheit gehört, dass Pakistans Militär überentwickelt ist, während sein Steuersystem unterentwickelt bleibt (siehe Box). Staatliche Institutionen genießen wenig Vertrauen. Dass die aktuelle Koalition schwach ist, macht die Dinge nicht besser. In diesem Jahr stehen Parlamentswahlen an, und wie sie ausgehen werden, lässt sich schwerlich vorhersagen. In turbulenten Zeiten kann alles passieren.

CHINESISCHE DARLEHEN IM WERT VON RUND 30 MILLIARDEN DOLLAR

Pakistans mit Abstand wichtigster bilateraler Geldgeber ist China. Insgesamt geht es bislang um einen Schuldenberg von 30 Milliarden Dollar. Die Kredite dienen vor allem Infrastrukturvorhaben. Der „China Pakistan Economic Corridor“ gehört zu Pekings internationaler „Belt and Road Initiative“, die auch als „Neue Seidenstraße“ bekannt ist. Einige Projekte haben militärische Relevanz, aber die meisten dienen Entwicklungszielen. China hat auch begonnen, Pakistans Zahlungsbilanz mit Krediten zu unterstützen. Die Öffentlichkeit ist über

die Details nicht informiert, die Zinsen sind aber vergleichsweise hoch.

Pakistan braucht jede Hilfe, die es bekommen kann. Gut wäre, wenn IWF und China koordiniert agieren würden. Bislang tun sie das nicht. Manche Pakistanis denken, die geographische Lage des Landes, seine Größe und seine Atomwaffen böten auf Dauer strategische Vorteile. Schließlich wollen weder China noch die USA Einfluss verlieren. Wie es zurzeit läuft, kann es aber nicht weitergehen.

Jahrzehnte schlechter Regierungsführung, politischer Instabilität und geostrategischer Spielchen sind Basis der aktuellen Schwierigkeiten. Die Klimakrise und die Inflation verschlimmern sie. Globale Trends und selbstgemachte Probleme summieren sich nun zur kompletten Katastrophendynamik.



SUNDUS SALEEMI
ist Senior Researcher am Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF) der Universität Bonn.

sundus.saleemi@gmail.com

WELTBANK

„Die Forschungsabteilung kann mehr leisten“

Vor der Frühjahrstagung der Weltbank im April erklärte Jürgen Zattler Hans Dembowski, wie sich die Institution seiner Ansicht nach verändern sollte. Er ist Abteilungsleiter im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Im Interview ging der Spitzenbeamte unter anderem auf Klimawandel sowie Überschuldungskrisen in Ländern mit niedrigen und mittleren Einkommen ein.

Jürgen Zattler im Interview mit Hans Dembowski

US-Präsident Joe Bidens Wirtschaftspolitik ist interventionistischer als die seiner Vor-

gänger in den vergangenen 40 Jahren. Auch die EU und ihre Mitglieder befürworten eine stärkere Rolle des Staates. Was heißt diese Abkehr von marktorthodoxen Ideen für die internationale Zusammenarbeit?

Ich versuche, mich kurz zu fassen. Seit den 1980er-Jahren war Marktorthodoxie das internationale Paradigma. Die Vorreiter waren Ronald Reagan in Washington und Margaret Thatcher in London. Deutschland und andere EU-Mitglieder verfolgten ähnliche, aber weniger radikale Ansätze und beharrten auf stärkerer sozialer Sicherung. In Europa und Nordamerika wurde die Landwirtschaft zudem subventioniert. Es gab also nie eine völlig freie Marktwirtschaft.

Aber diese Vorstellung inspirierte die Regeln für die internationale Zusammenarbeit, besonders nach dem Fall der Berliner Mauer. Mit Blick auf Weltbank und Internationalen Währungsfonds (IWF) sprachen wir vom „Washingtoner Konsens“, der sich grob so zusammenfassen lässt: Sorgt eine Regierung für makroökonomische Stabilität, liberalisiert die Wirtschaft beziehungsweise hält sich weitgehend daraus zurück, so folgten Wirtschaftswachstum und breiter Wohlstand. In den vergangenen 15 Jahren haben wir uns kaum noch auf den Washington Consensus berufen. Wir haben aber kein neues Paradigma.

Was war falsch am alten?

Die internationale Gemeinschaft muss ernste, miteinander verwobene Krisen bewältigen: Dazu gehören die globale Finanzkrise von 2008 und ihre langfristigen Folgen, zu denen aktuell hohe Zinsen, Turbulenzen im Bankensektor und die wachsende Verschuldung vieler Länder mit niedrigen und mittleren Einkommen gehören. Hinzu kommt eine noch nie dagewesene Klima-

und Biodiversitätskrise. Die Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen wächst in den meisten Ländern, und die Coronapandemie hat viele Probleme verschärft. All das hat Folgen für die Rolle des Staats in der Wirtschaft und die Beziehungen zwischen Regierungen und Unternehmen. Marktkräfte allein bieten keine Lösungen. Wir brauchen eine neue Herangehensweise; dabei muss der Staat eng und konstruktiv mit der

Weltbank muss kluge staatliche Politik bei solchen Dingen unterstützen. Deutschland hat sie gebeten, Klima-Reformprogramme für einige Schlüsselländer aufzulegen. Das geht aber zu langsam voran.

Was bremst die Weltbank?

Ein Problem ist, dass die Weltbank zu sehr in Projekten und zu wenig auf systemischen Wandel ausgerichtet ist. Außerdem küm-

fundament, sind auch die Entscheidungen nicht solide. Ich denke, die Forschungsabteilung der Bank kann mehr leisten. Wir drängen sie seit Jahren, Klimarisiken in ihren volkswirtschaftlichen Bewertungen zu berücksichtigen. Das geschieht aber kaum. Auch auf die drastisch wachsende Ungleichheit in den meisten Entwicklungsländern und deren Folgen für sozialen Zusammenhalt und politische Stabilität reagiert sie nicht angemessen. Solange die Forschungsabteilung der Weltbank die Realität nicht wahrnimmt, können die Politikempfehlungen nicht überzeugen.

Ihre Kritik an der Forschung der Weltbank ähnelt dem, was mir der indonesische Wirtschaftsprofessor Iwan J. Azis kürzlich über die Forschung des IWF sagte (siehe E+Z/ D+C Digitale Monatsausgabe 2023/04).

Der IWF ist allerdings eine monolithischere Institution, die in entscheidenden Fragen eine einheitliche Position vertritt. Die Weltbank lässt tausend (Forschungs-)Blumen blühen, wobei die Forschungsabteilung eine orthodoxe wirtschaftspolitische Vorstellung vertritt. Diese Vielfalt und dieses Nebeneinander ist nicht immer hilfreich, weil häufig eine klare und konsistente Linie nötig ist.

Soll die Weltbank eine Klimabank werden?

Das halte ich nicht für zentral. Die Weltbank sollte eine Entwicklungsbank bleiben, dabei aber die neuen Realitäten – globale Erwärmung, Biodiversitätskrise und soziale Ausgrenzung etwa – voll berücksichtigen und das dann mit ihrer Ausrichtung auf Armut und integrativen Wohlstand in Einklang bringen.

Wie hängen Entwicklungshilfe (ODA – official development assistance) und Klimafinanzierung zusammen? Hoheinkommensländer halten sich nicht an ihre jahrzehntealten ODA-Versprechen, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens auszugeben. Auch Zusagen in der Klimafinanzierung erfüllen sie nicht.

Dies ist ein schwieriges Thema. Ich halte Silodenken für wenig hilfreich. Getrennte Töpfe für Entwicklung und Klimaschutz sind unsinnig; so dient etwa saubere Energieinfrastruktur beidem. Für die nachhaltige Umgestaltung der Landwirtschaft gilt das ebenfalls. Diese Liste ließe sich fortsetzen. Es gibt große Überschneidungen – wir sprechen deshalb von „Co-Benefits“.



Klimaprotest in Washington 2022.

Privatwirtschaft zusammenarbeiten und auch möglichst die Richtung vorgeben. Der Weltbank kommt dabei eine wichtige Rolle zu.

Der Staat soll also nicht mehr freiem Unternehmertum möglichst viel Raum geben, sondern die Bedingungen für Marktwettbewerb so gestalten, dass gute Ergebnisse folgen.

So lässt sich das formulieren. Es ist aber leichter gesagt als getan. Es gibt keine Blaupause, die für jedes Land passt. Klar ist, dass Staat und Privatsektor eng kooperieren müssen, zum Beispiel bei der globalen Energiewende: Unternehmen müssen massiv in erneuerbare Energie investieren. Dafür müssen Staaten die ergänzende öffentliche Infrastruktur wie integrierte Netze mitstimmigem regulatorischem Umfeld schaffen, wozu Einspeisetarife zählen. Die

mert sie sich zu wenig um grenzüberschreitende Probleme. Sogenannte globale öffentliche Güter müssen in ihrer Arbeit stärker berücksichtigt werden. Denken Sie zum Beispiel an die Tropenwälder. Die gesamte Menschheit ist an ihrem Schutz interessiert, aber tropische Länder haben dafür nur unzureichende Anreize. Oft scheinen vor Ort die Ausweitung der Landwirtschaft und Ausbeutung natürlicher Ressourcen attraktiver. Als Anreiz könnte die Weltbank Nationalstaaten mehr und/oder günstigere Kredite anbieten. Dafür muss sie ihr Handeln, ihre Konzepte und auch ihre Forschung ändern. Die Finanzierung von Lösungen für globale Herausforderungen muss Teil der Weltbank-DNA werden.

Was meinen Sie mit veränderter Forschung?

Weltbankentscheidungen beruhen auf wissenschaftlichen Einsichten. Wackelt das

Klimafinanzierung soll zusätzlich zur ODA fließen. Wäre es sinnvoll, die ODA-Zusage auf 1,2 Prozent oder so zu erhöhen?

Grundsätzlich ja, aber ob das realistisch ist, weiß ich nicht. Die deutsche Öffentlichkeit würde vielleicht mitmachen, wenn wir sagen, mit dem zusätzlichen Geld werde der Planet klimasicher gemacht. Deutschland erfüllt das 0,7-Prozent-Versprechen. Viele wohlhabende Nationen tun das aber nicht, und sie wollen vermutlich keine neuen Verpflichtungen eingehen. Es geht auch nicht nur um ODA. Reiche Länder könnten ärmeren Partnern helfen, indem sie ihre Wirtschafts- und Finanzpolitik anpassen und beispielsweise Importen aus Entwicklungsländern leichter Marktzugang gewähren.

Wie sehen Sie die eskalierenden Staatsschuldenkrisen in Ländern mit niedrigen und mittleren Einkommen?

Die Lage ist sehr ernst und vielschichtig. Die von China und in kleinerem Umfang auch von anderen Schwellenländern gewährten Kredite machen heute einen erheblichen Teil der Schulden aus. Auch private Gläubiger sind sehr wichtig geworden. Die große Herausforderung ist, alle Parteien mit ins Boot zu holen. Wir haben das gemeinsame Rahmenwerk der G20 für den Umgang mit Schulden und damit eine Grundlage dafür, wie wir reagieren sollen. Das ist gut. Leider bleiben aber überzeugende Ergebnisse bislang aus. IWF und Weltbank haben sehr gute Vorschläge für die effizientere Ausgestaltung des Common Framework gemacht.

China wirkt sehr zögerlich bei Umschuldungen. Zugleich verweisen seine Diplomaten ausgesprochen geschickt auf westliche Schwachpunkte hin. Was sagen Sie dazu?

China hat den Common Framework akzeptiert. Nun muss es ihn konsequent und effizient umsetzen – und für mehr Schuldentransparenz sorgen. Alle öffentlichen Kreditgeber müssen sich zudem um die Einbeziehung privater Gläubiger kümmern. Das BMZ hat eine Studie in Auftrag gegeben, um aufzuzeigen, wie sich verhindern lässt, dass einzelne private Gläubiger Umschuldungen blockieren.

Westliche Medien kritisieren China gern, aber ich halte manche Darlehen zum Aufbau der Infrastruktur in Entwicklungsländern doch für nützlich. Ich verstehe, warum



Kredite aus Schwellenländern tragen zu aktuellen Schuldenkrisen bei: Einweihung eines von China finanzierten Flughafens in Ndola, Sambia, 2021.

China nicht die Hauptlast des Schuldenerlasses tragen will.

Die Last muss gerecht verteilt werden. Ich stimme zu, dass China bereits einen Teil der Last trägt, etwa im Rahmen der Aussetzung von Schuldendiensten von Ländern mit niedrigen Einkommen während der Corona-Pandemie. Angesichts der drastischen Lage in vielen Ländern ist aber vielfach echter Schuldenerlass nötig. Wir haben keine Zeit für langwierige Verfahren. Sie würden Entwicklungserfolge weiter gefährden, soziale und politische Instabilität provozieren und kämen uns am Ende damit sehr viel teurer zu stehen.

Wäre es hilfreich, China mitzuteilen, dass die Asiatische Infrastruktur-Investitionsbank (AIIB) – die in Peking ansässige multilaterale Institution – wie die Weltbank behandelt wird und somit keine Schulden erlassen soll?

Wir sehen beide als vergleichbare Institutionen. Manche Fachleute finden, beide sollten Schulden erlassen. Ich stimme ihnen nicht zu. Die multilateralen Entwicklungsbanken (MEBs) haben aus gutem Grund bevorzugten Gläubigerstatus. Das schützt ihre AAA-Ratings, die ihnen auf den internationalen Kapitalmärkten relativ günstige Refinanzierung ermöglichen. Würde dieser Status gefährdet, hätten die Entwicklungsländer zu leiden – besonders in Krisenzeiten, wenn

MEB-Geld für antizyklische Investitionen nötig ist. Die MEBs wären gezwungen, weniger Kredite zu vergeben und ihre Darlehen teurer zu machen. Das Gegenteil ist aber nötig: Die MEBs müssen mehr Kredite vergeben, um die Erreichung der SDGs und die globale Transformation zur Nachhaltigkeit zu finanzieren.

Und im Fall der Weltbank bedeutet das auch, mehr Privatkapital für die nachhaltige Entwicklung zu mobilisieren?

Ja, denn sie muss Partnerländern helfen, private Investoren zu gewinnen. Der Aufbau von Solar- oder Windkraftanlagen ist der Job der Privatwirtschaft, zumal die Erzeugungskosten inzwischen sehr niedrig sind und weiter sinken. Die Privatwirtschaft braucht aber entsprechende Vorgaben hinsichtlich Standards sowie vernünftige Einspeisetarife, Rechtssicherheit, qualifiziertes Personal für das Netzmanagement und komplementäre öffentliche Infrastruktur, wie Stromnetze.



JÜRGEN ZATTLER
ist Abteilungsleiter im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und

Entwicklung (BMZ) und war zuvor deutscher Exekutivdirektor bei der Weltbank.
www.bmz.de



**Teilnehmende am
Globalen Forum der
Nachhaltigkeitsräte
in Kapstadt im
September 2022.**

SDGS

Komplexität bewältigen

Beratungsgremien für die Ziele für Nachhaltige Entwicklung (SDGs - sustainable development goals) müssen alle Interessengruppen mitnehmen. Ihre Aufgaben sind Vermittlung und Koordination unterschiedlicher Interessen. Die SDG-Kommissionen in Ghana und Deutschland gehen dabei unterschiedlich vor – und stehen schwierigen Aufgaben gegenüber.

Von Beauty Emefa Narteh, Felix Meyerhoff und Hannah Janetschek

Wir haben die Halbzeit zur Verwirklichung der SDGs bis 2030 erreicht. Die Uhr tickt immer schneller, die Weltgemeinschaft muss handeln. Zugleich sind unsere Gesellschaften und Volkswirtschaften mit immer mehr vielfältigen und einander verstärkenden Krisen konfrontiert. Erst kürzlich warnte António Guterres, Generalsekretär der Vereinten Nationen (UN), deutlich: „Unsere Welt ist in Gefahr.“ Gleichzeitig betonte er: Es ist noch nicht zu spät, die SDGs zu retten.

Mit einem Mandat der 75. Generalversammlung der UN-Mitgliedstaaten hat Guterres einen Prozess für einen zusätzlichen Zukunftspakt zur beschleunigten Umsetzung der SDGs eingeleitet. Innerhalb eines Jahres finden der zweite SDG-Gipfel sowie der Summit of the Future statt. Der

SDG-Gipfel im September 2023 – als Zwischenbilanz zum Jahr 2030 – konzentriert sich auf konkrete Verpflichtungen der UN-Mitglieder, um die SDGs doch noch zu erreichen. Wie Guterres im Bericht „Our Common Agenda“ vorgeschlagen hat, bringt der Zukunftsgipfel 2024 zusätzlich die UN-Mitgliedstaaten und andere Interessengruppen für einen Zukunftspakt zusammen.

Die Wege zur SDG-Umsetzung sind kontextabhängig und so heterogen wie Volkswirtschaften und Gesellschaften. Eine groß angelegte Transformation etwa der nationalen Energie- oder Agrarsysteme soll langfristig nachhaltig wirken, kann aber für einzelne Wirtschaftsakteure und Individuen echte Verluste bedeuten. Ein Strukturwandel wird daher nur gesellschaftlich akzeptiert, wenn die Menschen Alternativen kennen und nutzen können.

Multi-Stakeholder-Plattformen wie SDG-Beratungsgremien können national effektive und innovative Mechanismen sein, um Interessenkonflikte bei nötigen Veränderungen inklusiv und vermittelnd anzugehen. Ihr Auftrag ist, einen Konsens und die gesellschaftliche Akzeptanz für notwendige Veränderungen zum Erreichen der Agenda 2030 zu fördern. Ein Multi-Stakeholder-Expertenrat soll explizit alle Gesellschaftsbeiräte in die Debatte über den Weg in eine

nachhaltige Zukunft einbeziehen. Dafür verknüpft er Wissen, Werte und Interessen, um verschiedene Perspektiven zu ermöglichen.

BERATUNGSGREMIEN ALS KOMPASS

Werden diese Gremien in die nationale Governance-Architektur integriert, können sich die Gesellschaften auf ein ständiges Beratungsforum verlassen, um die für die SDG-Umsetzung nötigen Entscheidungen zu treffen. Die Räte fungieren als Kompass: Sie gewährleisten, dass alle Gesellschaftsbeiräte in Lösungsfindung und Entwicklung nationaler Strategien einbezogen werden. Entscheidungen werden so eher akzeptiert.

Solche Strukturen bedürfen aber bestimmter Voraussetzungen. Im internationalen Vergleich zeigt sich, dass Beratungsgremien besonders effektiv sind, wenn ihre nationale Regierung:

- sich zur Umsetzung der Agenda 2030 verpflichtet hat,
- eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie oder Ähnliches geschaffen hat,
- ein nachhaltiges und institutionalisiertes Stakeholder-Engagement pflegt,
- ihr Engagement finanzieren kann.

Das Globale Forum der Nachhaltigkeitsräte und ähnlicher Beratungsgremien ist ein Netzwerk solcher Multi-Stakeholder-Gremien. Es will, dass die SDGs durch Austausch von Erfahrungen und Zukunftsvisionen aus verschiedenen nationalen Perspektiven schneller erreicht werden. Das 2019 auf dem UN-SDG-Gipfel entstandene Netzwerk des Globalen Forums sammelt und erkundet konkrete Ideen, um den gesellschaftlichen Diskurs zu stärken und einen Konsens für nachhaltige Entwicklung zu finden.

PATTSITUATIONEN ÜBERWINDEN

In Deutschland haben zwei von der Bundesregierung eingesetzte Ad-hoc-Kommissionen aufgezeigt, wie man mit komplexen Interessenkonflikten beim Umbau von Energiesystemen und des Agrarsektors umgehen kann. Beide Sektoren sind charakterisiert durch erhebliche Konflikte zwischen Bauernverbänden oder Energieunternehmen mit Gewerkschaften, Naturschutzverbänden, zivilgesellschaftlichen Organisationen (CSOs) und wissenschaftlichen Akteuren. Die zeitlich befristeten Gre-



In Deutschland haben Ad-hoc-Kommissionen Kompromisse erarbeitet, zum Beispiel für die Umstellung auf nachhaltige Landnutzung.

Zusammen mit der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) wurde zudem Kapazitätsaufbau für die Mitgliedsorganisationen zur Überwachung und Verfolgung von Regierungsverpflichtungen im SDG-Kontext betrieben.

Es hat sich gezeigt, dass Bürger*innen in Ghana wenig über die SDGs und ihre Indikatoren wissen. Institutionell und strukturell beeinträchtigen die dezentralen lokalen Strukturen Ghanas die Umsetzung der SDGs. Daher sollte die ghanaische Regierung diese Strukturen zur Umsetzung der SDGs überprüfen und sicherstellen, dass auch junge Menschen und Privatsektor-Akteure bei den SDGs mitreden können.

LINKS

- De Sas Kropiwnicki-Gruber, Z., und Alsaeedi, B., 2021: Pathways for national sustainable development advisory bodies.**
https://www.nachhaltigkeitsrat.de/wp-content/uploads/2021/05/Study_Pathways_for_MSP_advisory_bodies_2021.pdf
- Kirkbride, T., und Figueroa, D., 2021: Pieces of a puzzle: towards sustainable development advisory bodies.**
https://www.nachhaltigkeitsrat.de/wp-content/uploads/2021/07/Global_Forum_Study_Pieces_of_a_puzzle_July_2021.pdf
- Figueroa, D., und Harrison, T., 2022: Pieces of a puzzle: further steps on a journey.**
https://www.nachhaltigkeitsrat.de/wp-content/uploads/2022/03/Global-Forum-Study-Pieces-of-a-Puzzle_March-2022.pdf

mien haben Kompromisse für den Kohleausstieg und die Umstellung der deutschen Landwirtschaft auf nachhaltige Landnutzung erzielt.

Seit 2002 hat die Bundesregierung eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie erarbeitet, begleitet vom Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE) als institutionalisiertem Multi-Stakeholder-Beratungsgremium. Der RNE veröffentlicht Stellungnahmen zu relevanten Nachhaltigkeitsthemen und fördert die öffentliche Wahrnehmung und den gesellschaftlichen Dialog über Nachhaltigkeit. Er wurde zuletzt am 18. Januar 2023 für drei Jahre ernannt. Fünfzehn Mitglieder vertreten je nach Hintergrund wirtschaftliche, soziale oder ökologische Nachhaltigkeit. Der RNE soll den Wandel in all seinen Facetten konstruktiv begleiten und kann unabhängig agieren. In den letzten Jahren etwa hat der Rat in Pattsituationen zwischen Interessenvertretern und Regierung zum deutschen Lieferkettengesetz geholfen sowie bei Ansätzen, die Biodiversitätsverluste stoppen sollen, während zugleich die Energieinfrastruktur angetrieben wird.

Ärmere Länder gehen die Umsetzung der SDGs bisweilen strategisch anders an. Die ghanaische Regierung etwa verfolgt einen Multi-Akteurs- und Multi-Agenten-Ansatz. Die Umsetzung der SDGs ist im dezentralen Planungssystem Ghanas integriert; somit sind politische und finanzielle Ressourcen zur Verfolgung der SDG-Indikatoren verfügbar. Die Nationale Planungskommission für Entwicklung (NDPC) bietet den dezentralen Behörden – Stadt- bzw. Gemeindebezirksversammlungen (MMDAs), Ministerien, Abteilungen und Agenturen

(MDAs) – die technische Aufsicht über die Aufnahme der verschiedenen Indikatoren in die Entwicklungs- und Sektorpläne. Hier fungiert die NDPC als Sekretariat des Koordinierungsausschusses für die SDG-Umsetzung (ICC); darin sind verschiedene Interessengruppen aus Regierung, Privatsektor, Entwicklungspartnern und Zivilgesellschaft vertreten. Der ICC setzt sich aus den Vertretern zehn wichtiger Ministerien, Abteilungen und Agenturen zusammen, darunter das Präsidialamt, die SDG-Philanthropie-Plattform, zivilgesellschaftliche Organisationen und der National African Peer Review Mechanism Governing Council (NAPRM-GC).

Zudem wurde 2015 die Ghana Civil Society Organisations Platform on Sustainable Development Goals (CSOs Platform on SDGs) gegründet, um an den SDGs arbeitende CSOs unter einem Dach zusammenzubringen. Die Plattform war wichtig für die nationalen SDG-Prozesse und spielte 2019 und 2022 eine Schlüsselrolle bei der Mobilisierung von Bürgerbeiträgen zu den beiden freiwilligen nationalen Staatenberichten (Voluntary National Reviews, VNRs) in Ghana.

Als Koordinierungsstelle hat die Plattform zudem Kampagnen organisiert, um die Lage benachteiligter Gruppen aufzuzeigen und um sich bei der Regierung für Maßnahmen und politische Reformen einzusetzen. So wurde 2020 und 2021 gemeinsam mit Oxfam eine Medienkampagne zu Ungleichheit gestartet. Die Plattform und ihre Partner richteten auch einen Covid-19-Reaktionsfonds ein, um Ressourcen zu mobilisieren und die Regierung zu unterstützen.



BEAUTY EMEFFA NARTEH ist Generalsekretärin der Ghana Anti-Corruption Coalition und Ko-Vorsitzende der Ghana Civil Society

Organisations Platform on SDGs.
bnarteh@gaccgh.org



FELIX MEYERHOFF ist wissenschaftlicher Referent beim Rat für Nachhaltige Entwicklung.
felix.meyerhoff@nachhaltigkeitsrat.de

nachhaltigkeitsrat.de



HANNAH JANETSCHKEK ist wissenschaftliche Referentin beim Rat für Nachhaltige Entwicklung.
hannah.janetschek@nachhaltigkeitsrat.de

nachhaltigkeitsrat.de

GIZ

Unter verschärften Bedingungen

Die Evaluation der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) hat 2022 erneut ein gutes Ergebnis gezeitigt, trotz sich verschlechternder Rahmenbedingungen – das war der Tenor bei der Vorstellung des Evaluierungsberichts. Es gab aber auch selbstkritische Töne.

Von Jörg Döbereiner

Die Gesamtnote der evaluierten GIZ-Projekte für das Jahr 2022 lautet 2,3 auf einer Skala von 1 (sehr erfolgreich) bis 6 (gänzlich erfolglos). Das ist etwas schlechter als im Vorjahr, aber besser als 2020. In den Wert fließen die Ergebnisse von gut 200 Evaluierungen von Projekten ein.

Im Fokus des Berichts steht das Thema Digitalisierung. Für die GIZ seien dabei drei Bereiche besonders wichtig, erklärte Vorstandsmitglied Ingrid-Gabriela Hoven:

- Regulierung und Standards im digitalen Raum, darunter auch ethische Fragen, etwa im Bereich Künstliche Intelligenz,
- konkrete digitale Lösungen für die Partner der GIZ und
- neue digitale Lernplattformen.

„Digitale Lösungen erhöhen die Wirksamkeit unserer Arbeit und machen sie effizienter“, sagte Hoven. Diese müssten allerdings eingebunden sein in Kontexte vor Ort. Beispielsweise hänge die Umsetzung

digitaler Agrarprojekte davon ab, inwiefern digitale Infrastruktur vorhanden sei.

Laut dem Bericht sind in mehr als 500 GIZ-Projekten digitale Elemente ein Teil der erbrachten Leistung. In Ghana beispielsweise können Bürger*innen mittels einer App die Qualität öffentlicher Dienstleistungen bewerten. In der Mongolei wurde eine Plattform etabliert, auf der sich Abläufe eines Strafverfahrens digitalisieren lassen, um Fehler zu minimieren und Behörden zu entlasten. Und in Malawi hat das digitale Registrieren von Patient*innen dazu geführt, dass das Gesundheitspersonal diese besser betreuen konnte, wie die GIZ berichtet.

Projekte in Afrika, insbesondere in Subsahara-Afrika, schnitten bei der aktuellen Evaluation durchschnittlich schlechter ab als Projekte auf anderen Kontinenten. Als Gründe dafür nannte Hoven zum einen schwierige Rahmenbedingungen, etwa Fluchtbewegungen. Zum anderen verfüge die GIZ beispielsweise in Lateinamerika tendenziell über stabilere Netzwerke mit lokalen Organisationen als in Afrika.

Insgesondere in fragilen Kontexten müsse sich die GIZ fragen, ob sie den Kontext, in dem sie arbeite, ausreichend ausgeleuchtet habe, sagte Hoven. Zudem könne die GIZ noch besser darin werden, dafür zu sorgen, dass das, was sie aufgestellt hat, auch nachhaltig bleibt. „Dort, wo wir schon länger aktiv sind, sind wir tendenziell er-

folgreicher“, sagte sie. Laut dem Bericht profitieren erfolgreiche GIZ-Projekte insbesondere von guter Zusammenarbeit mit den Stakeholder*innen, der Fachkompetenz der Projektteams und dem Engagement einzelner Mitarbeitender.

Im Hinblick auf Digitalisierung erklärte Hoven, dass die GIZ zwar mit einzelnen Projekten Impulse geben könne. Um aber die gesamte Gesellschaft zu gestalten, müssten sich die Rahmenbedingungen verändern. Dies könne nur mit den jeweiligen Entscheidungsträgern im Bereich Digitalpolitik geschehen.

Die GIZ habe ihr Ergebnis „unter verschärften Bedingungen“ erzielt, betonte Jochen Flasbarth, BMZ-Staatssekretär und Vorsitzender des GIZ-Aufsichtsrats. Er verwies auf globale Schocks, die sich auf die Arbeit der GIZ auswirkten, beispielsweise der Ukrainekrieg. Ärmere Gesellschaften könnten sich darauf schlechter einstellen.

Die GIZ müsse darlegen können, was sie mit den ihr anvertrauten Mitteln leiste, sagte Flasbarth. Deshalb sei seriöse, gut fundierte Evaluierung wichtig. Die GIZ unterscheidet zwischen zentral von der Stabsstelle Evaluierung und dezentral von anderen Organisationseinheiten gesteuerten Evaluierungen. Daneben wird die Arbeit der GIZ laut dem Bericht auch von der EU, dem Auswärtigen Amt, der Zukunft – Umwelt – Gesellschaft (ZUG) und dem Deutschen Evaluierungsinstitut (DEVal) überprüft.

Die GIZ mit Sitz in Bonn und Eschborn versteht sich als Dienstleister der internationalen Zusammenarbeit für nachhaltige Entwicklung und der internationalen Bildungsarbeit. Ihr Hauptauftraggeber ist das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Das Geschäftsvolumen der GIZ betrug nach eigenen Angaben im Jahr 2021 rund 3,7 Milliarden Euro, sie beschäftigte etwa 25000 Mitarbeitende in rund 120 Ländern.



Präsentation des Evaluierungsberichts auf der GIZ-Website.

LINK

GIZ, 2023: Evaluierungsbericht 2022: Digitalisierung für Entwicklung. (11 MB)
<https://www.giz.de/de/downloads/giz2023-de-evaluierungsbericht-2022.pdf>



JÖRG DÖBEREINER
 ist Redakteur bei E+Z/D+C.

euz.editor@dandc.eu



www.linkedin.com/company/d-c-development-and-cooperation



D+C Development and Cooperation

Sustainable development requires global awareness and local action.
Media Production · Frankfurt am Main · 579 followers

See all 8 employees on LinkedIn

+ Follow

Visit website

More

Home About Posts Jobs People

Page posts



D+C Development and Cooperation
579 followers
20h · 🌐

What do you expect of journalists? Independence is probably high on the list. But it's not alwa...see more



How foreign reporting depends on NGOs | D+C - Development + Cooperation
dandc.eu · 3 min read

👍 2



Like



Comment



Repost



Send

**Folgen Sie
uns auf
LinkedIn!**

Liebe Leserinnen und Leser,

wir laden Sie herzlich ein, uns auf LinkedIn zu folgen, dem sozialen Netzwerk für berufliche Kontakte. Sie finden uns unter **www.linkedin.com/company/d-c-development-and-cooperation**

Wir kommentieren auf LinkedIn das aktuelle Geschehen und weisen auf wichtige neue Inhalte unserer Website **www.dandc.eu** hin.

Abschaffung der Todesstrafe

In Sambia wurde die Todesstrafe Ende 2022 offiziell abgeschafft – Präsident Hakainde Hichilema erfüllte damit ein Wahlversprechen. Hinrichtungen fanden in dem Land bereits seit 1997 nicht mehr statt. Nach offiziellen Angaben wurden 2021 in Sambia mindestens neun Menschen zum Tode verurteilt, und 257 Personen befanden sich Ende 2021 im Todestrakt. Seitdem Sambia 1964 von der britischen Herrschaft unabhängig wurde, war die Todesstrafe im Gesetz verankert.

Verschiedene Aktivist*innen hatten sich lange für ihre Abschaffung eingesetzt. Die Politik mied das Thema aber. Erst Sambias derzeitiger Präsident, Hakainde Hichilema, unterzeichnete am 23. Dezember 2022 eine Gesetzesänderung zur Abschaffung der Todesstrafe.

Er habe während des Wahlkampfes versprochen, alle Gesetze zu ändern, die dem Wachstum der Demokratie und guter Regierungsführung im Wege stehen, sagte Hichilema. „Heute haben wir geliefert“, ergänzte er.

Die sambische Regierung bekam von verschiedenen Seiten Lob für den Schritt. „Es ist eine grausame, unmenschliche und erniedrigende Strafe“, sagte etwa Nabila Massrali, Sprecherin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik. „Die EU lehnt die Todesstrafe unter allen Umständen ab und wird sich weiterhin für ihre weltweite Abschaffung einsetzen.“

Für Kritiker*innen der Todesstrafe ist sie eine archaische Form der Bestrafung, die gegen grundlegende Menschenrechte verstößt – unmenschlich und diskriminierend. Oft werde sie als politisches Instrument eingesetzt, um

abweichende Meinungen zu unterdrücken und Oppositionelle zum Schweigen zu bringen. Außerdem wird ihre Abschreckungswirkung auf Kriminelle bezweifelt.

Amnesty International (AI) hat Sambia für seine „progressive“ Politik gelobt. Sie zeige, wie ernst es dem Land damit sei, das Recht auf Leben zu schützen. Laut AI haben sich Hinrichtungen in Subsahara-Afrika mehr als verdoppelt – von 16 im Jahr 2020 auf 33 im Jahr 2021. In Somalia wurden 21 Menschen hingerichtet und im Südsudan mindestens neun, wie die zivilgesellschaftliche Organisation Human Rights Watch berichtet.

Sambia reiht sich mit seiner Entscheidung ein in eine Reihe von anderen afrikanischen Staaten, darunter Angola, Mauritius, Mosambik, Namibia, die Seychellen und Südafrika. Sie alle haben die Todesstrafe in den vergangenen Jahren abgeschafft. In vielen afrikanischen Ländern wurde die Todesstrafe während der Kolonialzeit in die Verfassungen und Strafgesetzbücher aufgenommen.

Godfrey Malembeka, Direktor der Prisons Care and Counselling Association (PRISCCA), sagt: „Die Todesstrafe verstößt gegen die Menschenrechte und das Recht auf Leben. Sie ist die ultimativ grausame, unmenschliche und erniedrigende Strafe, die unwiderruflich ist und manchmal auch Unschuldige treffen kann. Die Menschen müssen verstehen, dass es im Grab keine Rehabilitation gibt.“

Einige Befürworter*innen der Todesstrafe bestehen darauf, dass sie notwendig sei, weil sie eine gerechte Vergeltung für Kapitalverbrechen sei, Verbrecher*innen abschrecke, die Gesellschaft schütze und die „moralische Ordnung“ wahre. Kelvin Chola aus Lusaka etwa ist gegen die Abschaffung der Todesstrafe. Er sagt: „Weshalb sollte jemand, der einen anderen Menschen kaltblütig tötet, das Leben genießen dürfen? Das ist überhaupt nicht gerecht. Dieses Gesetz wird Serienmörder nicht abschrecken. Die Menschen sollten lernen, die Unantastbarkeit des Lebens zu respektieren.“



DERRICK SILIMINA
ist freier Journalist in
Lusaka.

derricksilimina@gmail.com

IMPRESSUM

E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT

Nachhaltige Entwicklung erfordert globales Denken und lokales Handeln.

64. Jg. 2023

Die Zeitschrift erscheint auf Englisch als D+C Development and Cooperation. Internet: www.DandC.eu ISSN 2366-7249

Diese Digitale Monatsausgabe wurde am 26.04.2023 fertiggestellt.

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

Wer sich an der Debatte beteiligen will, ist dazu herzlich eingeladen. Die Redaktion bittet, keine Beiträge unverlangt einzusenden, sondern Themenvorschläge zu machen. Wir bearbeiten Manuskripte nach journalistischen Kriterien und lassen die Beitragenden die redigierten Texte vor Veröffentlichung freigeben. Entsprechend bitten wir auch unsere Interviewpartner und -partnerinnen, den redigierten und gestrafften Wortlaut, den wir veröffentlichen, zu autorisieren.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH
Service für Entwicklungsinitiativen
Friedrich-Ebert-Allee 40
53113 Bonn
Tel. (02 28) 2 07 17-0, Fax (02 28) 2 07 17-150
www.engagement-global.de

BEIRAT:

Selmin Çalışkan, Prof. Dr. Anna-Katharina Hornidge, Prof. Dr. Katharina Michaelowa, Dr. Susanne Neubert, Bruno Wenn

VERLAG:

Fazit Communication GmbH
Geschäftsführer: Jonas Grashey, Hannes Ludwig

ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:

Pariser Straße 1
D-60486 Frankfurt am Main
Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

REDAKTION:

Dr. Hans Dembowski (DEM; Chefredakteur, V.i.S.d.P.), Jörg Döbereiner (JD), Katharina Wilhelm Otieno (KO), Dagmar Wolf (DW; Assistenz), Maren van Treel (MVT; Social Media) Freiberufliche Mitarbeit: Sabine Balk (SB), Ronald Sseguija Ssekandi (Kolumne Heutzutage), Aviva Freudmann, Jan Walter Hofmann (Layout), Eleonore von Bothmer (Übersetzung)
Tel. (0 69) 75 91-31 10
euz.editor@dandc.eu
Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens ist die FAZ Fazit Stiftung.

ANZEIGEN, ABONNEMENTS UND VERTRIEB:

Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363
D-82034 Deisenhofen
Tel. (0 89) 8 58 53-8 32
Fax (0 89) 8 58 53-6 28 32
fazit-com@cover-services.de

DRUCK:

Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH
Kurhessenstraße 4–6
D-64546 Mörfelden-Walldorf

Die vollständige oder auszugsweise Weiterverwendung der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und D+C Development and Cooperation veröffentlichten Textbeiträge in anderen Medien ist mit Angabe der Quelle gestattet, sofern der E+Z/D+C-Redaktion zwei Belegexemplare beziehungsweise die Links zu den jeweiligen Websites zugestellt werden. Diese pauschale Genehmigung gilt nicht für die von uns verwendeten Bilder, Landkarten und sonstige Beiträge, bei denen das Copyright bei der Veröffentlichung separat und ausdrücklich vermerkt wird.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.

BEZUGSPREISE FÜR DRUCKAUSGABE:

Einzelpreis: 2,20 €, Jahresabonnement Inland: 14,00 €, Jahresabonnement Ausland: 18,00 € (inkl. Versandkosten).





**Unabhängigkeits-
held mit Schwächen:
Statue von Kwame
Nkrumah in Ghanas
Hauptstadt Accra.**

REGIERUNGSFÜHRUNG

Demokratische Kultur verankern

In Afrika werden Regierungschefs oft wie Monarchen verehrt und nicht als Entscheidungsträger gesehen, die der Öffentlichkeit dienen. Leider versäumten es die Unabhängigkeitsbewegungen, demokratische Kulturen zu verankern.

Von **Baba G. Jallow**

Autoritäre Tendenzen in Afrika werden heute gern auf die Kolonialherrschaft zurückgeführt. Übersehen wird dabei, dass es die Führungspersönlichkeiten der Unabhängigkeitsbewegungen waren, die mit bestimmten Formen der Machtausübung nicht brachen. In Westafrika endete die Kolonialzeit vor zwei Generationen. Dennoch gibt es vielerorts immer noch keine Zivilgesellschaft, die repräsentative Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte einfordert.

Das Paradox der Entkolonialisierung war, dass die neuen Regierungen europäische Perspektiven übernahmen, sobald sie an der Macht waren. Kolonialbürokraten hatten ständig wiederholt, Afrikaner*innen könnten sich nicht selbst regieren. Die Unabhängigkeitsbewegungen nannten das rassistisch. Aber ihre Führungsleute änderten in Staatsämtern schnell ihre Haltung und

schufen Einparteiensysteme mit lebenslanger Präsidentschaft. Sie konnten dann unangefochten monolithische Ideologien wie den „afrikanischen Sozialismus“ oder die „Africanité“ verfechten. Selbst der Intellektuelle Kwame Nkrumah, der Ghana 1957 in die Unabhängigkeit führte, griff nach unangefochtener persönlicher Macht – bis ihn das Militär 1966 stürzte.

In Afrika ist Religion wichtig. Vorstellungen von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit passen zu den Grundprinzipien aller monotheistischen Glaubensrichtungen. Die heiligen Schriften fordern Wahrhaftigkeit, Respekt und gewaltfreie Streitbeilegung. Dennoch tun afrikanische Spitzenpolitiker aber oft so, als seien sie von Gott ernannt und schuldeten nur ihm Rechenschaft.

Es geht auch anders. Einige afrikanische Länder, wie Ghana, haben viel erreicht. In den 1980ern wuchs der Widerstand gegen das Militärregime. Zivilgesellschaftliche und religiöse Organisationen vernetzten sich und forderten Freiheit, sodass Diktator Jerry Rawlings schließlich bei Wahlen antreten musste. Seit 1992 haben in Ghana alle vier Jahre freie Wahlen stattgefunden. Friedliche Machtwechsel gab es mehrmals.

Ghanas starke Zivilgesellschaft besteht aus verschiedenen organisierten Interessengruppen, die an öffentlichen Debatten teilnehmen. Konsens ist, dass Demokratie der Nation guttut. Freie Medien und Bildungseinrichtungen bestärken diese Sicht.

In drei westafrikanischen Ländern – Guinea, Mali und Burkina Faso – herrscht derzeit wieder das Militär. Demokratie ist in der Region nicht tief verwurzelt. Rückschläge sind möglich.

Eine demokratische Kultur muss vom Staat gepflegt werden. Das Wahlvolk muss die Verfassung kennen. Es muss wissen, was freie und faire Wahlen auszeichnet und dass es in einer Demokratie um Kompromisse geht – und nicht darum, wer anderen seinen Willen aufzwingen darf. All das muss in Schulen gelehrt werden.

Wo Staaten ihren Bildungspflichten nicht gerecht werden, kann zivilgesellschaftlicher Aktivismus Abhilfe schaffen. Unabhängige Organisationen können demokratische Werte propagieren und Regierungen unter Druck setzen, damit sie ihren Job tun. In guten Zeiten eine Demokratie zu festigen, ist jedenfalls leichter, als sich gegen eine Diktatur aufzulehnen.

Auch die internationale Gemeinschaft kann helfen. Leider konzentrieren sich bilaterale und multilaterale Geberorganisationen in Verhandlungen oft zu sehr auf Regierungen und übersehen die Entwicklung der Zivilgesellschaft vor Ort. Das ist selbst bei Programmen für bessere Amtsführung der Fall.

Länder mit hohem Einkommen müssen zudem als Vorbilder dienen. Es ist bekannt, dass Rechtspopulismus westliche Demokratien bedroht. Afrikaner*innen sehen, dass der frühere US-Präsident Donald Trump mit seinen autoritären Attitüden selbst nach dem Aufruhr vom 6. Januar 2021 bislang juristisch unbehelligt bleibt. Demokratie muss nicht nur in Afrika verteidigt werden – sondern auch in reichen Ländern.



BABA G. JALLOW
ist der erste Roger D. Fisher
Fellow für Verhandlungen und
Konfliktlösung an der
Jura-Fakultät der Harvard

University. Er hat zuvor Gambias Kommission für Wahrheit, Versöhnung und Wiedergutmachung (TRRC) geleitet und nach deren Ende das Never Again Network gegründet.
gallehb@gmail.com



NIGERIA

Unheimliche Ruhe

Die offiziellen Wahlergebnisse könnten vermuten lassen, dass der gewählte Präsident Bola Tinubu in der Lage sein wird, Nigeria bequem zu regieren. Er wird sowohl vom Parlament als auch von den Gouverneuren der Bundesstaaten unterstützt. Dieser Eindruck ist irreführend.

Von Adaze Okeaya-inneh

Das politische Klima in Nigeria scheint ruhig zu sein, aber es ziehen Gewitterwolken auf. Die Ergebnisse der jüngsten Wahlen waren nicht so eindeutig, wie es die offiziellen Zahlen vermuten lassen. Vor allem die Präsidentschaftswahl wird in Frage gestellt.

Nach Angaben der Wahlkommission hat Bola Ahmed Tinubu von der Partei All Progressives Congress (APC) gewonnen. Die APC ist die Partei von Muhammadu Buhari, dem bisherigen Präsidenten. Sie erhielt mehr als die Hälfte der Sitze im Parlament. Auch bei den Wahlen in den Bundesstaaten, die einige Wochen später stattfanden, schnitten die Kandidaten der APC gut ab. Die meisten Gouverneure der Bundesstaaten gehören zu der Partei.

Dennoch hat Tinubu kein starkes Mandat. Nach 24 Jahren Demokratie leidet das ölreiche Land weiterhin unter gewaltsamen Konflikten und Kriminalität. Die Wirtschaft ist schwach, die Arbeitslosigkeit

hoch und die Infrastruktur schlecht. Nigerianer*innen sehnen sich nach Recht und Ordnung, Integrität und einer Führungspersönlichkeit, die das Land vereinen kann. Vor allem junge Menschen hoffen auf Wandel.

Tinubu erhielt offiziell 37 Prozent der Stimmen, während der zweitplatzierte Kandidat, Atiku Abubakar von der Demokratischen Volkspartei (PDP), 29 Prozent und der Dritte, Peter Obi von der Arbeiterpartei, 25 Prozent erhielten. Die Wahlbeteiligung war mit 29 Prozent erstaunlich niedrig.

Angesichts technischer Pannen und der inkompetenten Durchführung der Präsidentschaftswahl (siehe meinen Beitrag in der Digitalen Monatsausgabe von E+Z/D+C 2023/04) trauen viele Nigerianer*innen den offiziellen Ergebnissen nicht. Die beiden wichtigsten Oppositionskandidaten haben Klage erhoben und fordern, dass die Wahl für null und nichtig erklärt wird. In Kenia und Malawi hatten solche Klagen in der Vergangenheit bereits Erfolg, und viele Wähler*innen haben nun auch Hoffnung für Nigeria. Gefühle gegenüber der Justiz sind jedoch gemischt. Ihre Integrität hat während der Buhari-Regierung abgenommen, da Fälle von Korruption und voreingenommenen Urteilen ungeahndet blieben.

Tinubu erwartet, am 29. Mai vereidigt zu werden. Sein Ruf hat jedoch Schaden ge-

Selbst nach den offiziellen Ergebnissen erhielt der Kandidat der APC, Bola Tinubu, bei der Präsidentschaftswahl nur 37 % der Stimmen.

nommen, egal, wie die Richter entscheiden werden. Er behauptet, in seinen Siebzigern zu sein, aber einige vermuten, dass er älter ist. Er soll zudem mit Kriminellen und korrupten Beamten in Verbindung stehen. Außerdem wird haften bleiben, dass er eine fehlerhafte Wahl ohne absolute Mehrheit gewonnen hat.

Nigeria ist ein sehr diverses Land. Tiefe Gräben verlaufen entlang religiöser und ethnischer Zugehörigkeiten. Es ist bedauerlich, dass die APC die damit verbundenen Feindseligkeiten immer wieder schürt. Angesichts der andauernden Aufstände im Norden und im Nigerdelta ist das gefährlich. Und es spielt eine Rolle, dass sowohl Tinubu als auch sein gewählter Vizepräsident, Kashim Shettima, Muslime sind, während sich nur etwa die Hälfte der Bevölkerung zum Islam bekennt. Die derzeitige Geschlossenheit der APC kann sich als trügerisch erweisen. Sollten die Probleme eskalieren, ist nicht zu erwarten, dass alle politischen Entscheidungsträger der Partei Tinubu und Shettima gegenüber loyal bleiben.

Buhari war acht Jahre lang Präsident. In dieser Zeit hat sich die Lage des Landes immer weiter verschlechtert. Auch sein Vorgänger Goodluck Jonathan war eine Enttäuschung und seine Regierung für Korruption und Machtmissbrauch bekannt.

Barry Andrews, der die EU-Beobachtungsmission während der Wahlen leitete, sprach von einem Versagen der politischen Eliten, der Enttäuschung vieler Nigerianer*innen und der daraus resultierenden Wahllathie. Im Fernsehen sagte er, es sei „schwierig, Fortschritte in Bezug auf die Demokratie in Nigeria festzustellen“.

Im Gegensatz dazu haben die USA und China Tinubu Glückwünsche übermittelt. Die US-Botschaft ermahnte aber bald darauf die Wahlkommission, ihre Leistung bei den Wahlen in den Bundesstaaten zu verbessern. Nigerias Partnerländer in der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten (ECOWAS) sind froh, dass das Land bisher nicht explodiert ist – sie sind zufrieden, dass die Zukunft ihres regionalen Blocks kein kontroverses Thema im Wahlkampf war.



ADAZE OKEAYA-INNEH
ist Journalistin und
Drehbuchautorin in Lagos.

adazeirefunmi@gmail.com



Benins Präsident Patrice Talon wird im März in Paris vom französischen Präsidenten Emmanuel Macron empfangen.

WESTAFRIKA

Wenn der demokratische Schein mehr zählt als die Substanz

Benins Präsident Patrice Talon baut seine Macht immer weiter aus. Die jüngsten Parlamentswahlen haben keine wirkliche Veränderung gebracht.

Von Karim Okanla

Nourenou Atchadé ist Parlamentsmitglied für die Demokraten, die wichtigste Oppositionspartei. Aus seiner Sicht erlebt Benin seit 2019 einen Niedergang der Demokratie. Atchadé wirft dem seit 2016 amtierenden Präsidenten Talon vor, vor den Parlamentswahlen 2019 Gesetze manipuliert zu haben, sodass die Oppositionsparteien nicht antreten konnten. Zudem verurteilt Atchadé das Vorgehen der Regierung, Gegner einzusperren und sie ins Exil zu zwingen.

Amnesty International schätzt die Lage ähnlich ein. Die internationale Menschenrechtsorganisation dokumentierte für das Jahr 2022 Fälle von willkürlichen Verhaftungen, Folter und anderen Misshandlungen in Benin. Zudem wurden die Rechte auf freie Meinungsäußerung und friedliche Versammlung eingeschränkt.

Nach den diesjährigen Wahlen gibt es wieder eine einzige Oppositionspartei im Parlament. Die Demokraten sind aber immer noch zu schwach, um wirklich etwas zu bewirken. Sie haben nur 28 von 109 Sitzen.

Im Gegensatz dazu haben die beiden Parteien, die den amtierenden Präsidenten unterstützen, eine Zweidrittelmehrheit – genug, um die Verfassung zu ändern.

Louis Vlavonou wurde als Vorsitzender des Parlaments bestätigt. Alle wichtigen Ausschüsse, einschließlich Finanz-, Rechts- und Verteidigungsausschüssen, werden von Talon-Verbündeten kontrolliert.

Analysten hatten eine hohe Wahlbeteiligung vorausgesagt, da sich mehr Parteien zur Wahl am 8. Januar aufstellen ließen. Sie lag aber nur bei 38 Prozent. Offenbar glaubte der Großteil der Wähler*innen nicht, dass ihre Stimme etwas bewirkt. Außerdem gab es, wie so oft in Afrika, Vorwürfe von Betrug, Wahlmanipulation und Wahlfälschung.

Unter Talon ist die Oppositionsarbeit sehr schwierig geworden. Die Demokraten standen sogar kurz vor einem erneuten Abschluss von den Wahlen, nachdem der Leiter der Finanzbehörde sie zwielichtiger Machenschaften bezichtigt hatte. Erst durch eine Entscheidung des Verfassungsgerichts in letzter Minute konnten sie diesmal Kandidaten aufstellen.

Weiterhin kontrollieren Präsidentenanhänger das beninische Parlament. Die beiden regierungsnahen Parteien erhalten für ihre landesweiten Aktivitäten öffentliche Mittel. Die Demokraten müssen sich da-

gegen auf ihre eigenen Ressourcen stützen. Die Lage könnte sich verbessern, wenn das Parlament sie als offizielle Opposition anerkennen würde. Beobachter halten das aber für unwahrscheinlich.

Unter Talon wurden die Wahlgesetze so formuliert, dass sie den etablierten und finanzstarken Parteien zugutekommen. Manche sagen, dass Talon und die von ihm ernannten Männer der Opposition nie eine Chance geben werden. Die Haltung Talons ist typisch für den Autoritarismus postkolonialer Prägung.

Trotz des Verfassungsgerichtsurteils ist davon auszugehen, dass die Justiz unter strenger Kontrolle der Regierung steht. Der Präsident ernennt die Richter und Staatsanwälte. Außerdem erhalten die Gerichtsbeamten Weisungen von ihm und dem Justizminister. Auch die nationale Medienaufsichtsbehörde ist dem Präsidenten unterstellt.

Unter diesen Bedingungen werden es Oppositionskräfte vor dem Ende von Talons zweiter und letzter Amtszeit im Mai 2026 schwer haben. Offen ist auch, ob er die verfassungsmäßige Amtszeitbegrenzung einhalten wird. Andere Staatschefs – nicht nur in Afrika – haben solche Regeln geändert, um an der Macht zu bleiben.

Um die Regierung zu überwachen, brauchen Parlamentsabgeordnete nicht nur ein solides Verständnis, sondern auch den Mut, Ministern der Regierung zu widersprechen und Korruptions- und Amtsmissbrauchsvorwürfen nachzugehen. Viele Menschen in Benin bezweifeln, dass ihre Abgeordneten dies tun werden, auch wenn die Kandidaten dieses Mal juristische Grundkenntnisse und Französischkenntnisse nachweisen mussten.

So frustrierend die Parlamentswahlen vom 8. Januar auch ausgefallen sein mögen, die Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten (ECOWAS) hat ihren „friedlichen, sicheren und inklusiven Verlauf“ begrüßt. Westliche Diplomaten und Beobachter haben ähnliche Erklärungen abgegeben. Offenbar zählt formaler demokratischer Schein mehr als eine substanzielle Demokratie.



KARIM OKANLA
ist Medienwissenschaftler und freiberuflicher Autor in Benin.
karimokanla@yahoo.com



Indiens Außenminister S. Jaishankar spricht bei einem G20-Treffen im März in Neu-Delhi zu Ressortkolleg*innen.

Der Staat unterband Aufführungen sogar an Universitäten.

In dieser Krise stellte sich nicht einmal die britische Regierung hinter die BBC. Wenn westliche Staaten im Umgang mit Indien Menschenrechte hintanstellen, werden sie unglaublich. Sie müssen Medienproduktionen verteidigen, die professionelle Kriterien wie sorgfältige Berichterstattung, faktische Korrektheit und Berücksichtigung verschiedener Perspektiven erfüllen.

In bilateralen und multilateralen Kontexten sollten westliche Staaten Menschenrechte und Demokratie auf die Tagesordnung setzen. Um das überzeugend zu tun, sollten sie ihr eigenes Handeln entsprechend ausrichten. Wie die EU und die USA beispielsweise mit schutzbedürftigen Flüchtenden umgehen, unterhöhlt ihre internationale Autorität.

Wie ein Staat agiert, prägt seine Außenbeziehungen. Weil Diasporagemeinschaften im Alltag die Praxis westlicher Werte erleben, gilt das besonders. Wenn diese Menschen sich willkommen fühlen, gute Behandlung erleben und zur Teilnahme am öffentlichen Leben eingeladen werden, teilen sie das ihren Angehörigen in der alten Heimat mit. Das tun sie aber auch, wenn sie Ausgrenzung und Ausbeutung erleben.

Modi sehnt sich nach der Anerkennung des Westens sowie der Diaspora. Er möchte als Demokrat wahrgenommen werden. Westliche Staaten sollten ihm das nicht schenken, sondern die üblichen Kriterien anwenden. Und um die Diaspora zu ihrem Partner zu machen, sollten sie diese gut behandeln, was auch die Wirtschaftsbeziehungen beflügeln dürfte. Wechselseitiger Respekt beruht nicht nur auf der Interaktion von Spitzenleuten mit hohen Ämtern.

Grundsätzlich müssen westliche Regierungen auf allen Feldern nicht ihre eigenen, sondern universelle Standards betonen. Zu Recht hat Indiens Außenminister S. Jaishankar gesagt, Europa müsse die Haltung überwinden, dass seine Probleme Weltprobleme seien, Weltprobleme es aber nichts angingen. Das sehen sehr viele Menschen weltweit ebenso. Jaishankar hat klar formuliert, was nicht funktioniert.



SUPARNA BANERJEE
ist Politikwissenschaftlerin
und lebt in Frankfurt.
mail.suparnabanerjee@gmail.com

WELTPOLITIK

Problemfall Indien

Für die westliche Diplomatie ist der Umgang mit Indien schwierig. Kooperation mit Neu-Delhi ist notwendig, aber autoritäre Tendenzen dürfen nicht akzeptiert werden.

Von **Suparna Banerjee**

Die Vision einer Hindu-Nation inspiriert die BJP, die Regierungspartei von Premierminister Narendra Modi. Die aggressive Ideologie führt zur Ausgrenzung von Minderheiten, besonders der islamischen, aber auch der christlichen. Seit Modi 2014 an die Macht kam, haben Lynchmorde und Gewaltkrawalle zugenommen, wobei Täter mit Straflosigkeit und oft sogar Lob rechnen können.

Dennoch ist Indien aus mehreren Gründen für den Westen ein unverzichtbarer Partner:

- Die Bevölkerung ist mit 1,4 Milliarden riesig, und rund ein Drittel gehört zur Mittelschicht. Auch der Markt ist riesig.
- Westliche Länder brauchen Einwanderung, und gut ausgebildete Inder*innen können den Arbeitsmarkt entlasten und Sozialsysteme mit ihren Beiträgen stabilisieren.
- Globale Herausforderungen wie die Klimakrise oder Pandemieprävention erfordern globale Lösungen, die ohne indisches Mitwirken unmöglich sind.

- Indien hat immer noch eine demokratische Verfassung und eine unabhängige Justiz.

- Indien gilt als Gegengewicht zu China, das sich zunehmend ablehnend und sogar feindselig gegen die USA und deren Verbündete stellt.

Mit Indien muss also zusammengearbeitet werden. Ohnehin wäre es unmöglich, das Land zu isolieren. Seine Beziehungen zu anderen Ländern beruhen auf wechselseitigen Bedürfnissen und spezifischen Erwartungen, sodass Appelle, nicht mit ihm zu kooperieren, wenig fruchten dürften.

Im Interesse ihrer eigenen Glaubwürdigkeit dürfen sich westliche Regierungen aber auch nicht scheuen, beunruhigende Entwicklungen anzusprechen. Die Menschenrechtssituation in Indien war zwar nie wirklich gut, sie wird aber ständig schlechter. Minderheiten werden ausgegrenzt, und die Meinungsfreiheit ist zunehmend bedroht.

Das jüngste Beispiel war Modis Kampagne gegen einen Dokumentarfilm der BBC über die antimuslimischen Pogrome, die 2002 in Gujarat rund 1000 Menschen das Leben kosteten. Damals war Modi der Ministerpräsident dieses Bundesstaats. Aus Sicht der BJP war der Film antiindische Propaganda mit kolonialistischer Gesinnung.

ENTWICKLUNGSPOLITIK

Europäischem Denken verhaftet

„Gemeinsam mit Afrika Zukunft gestalten“ lautet der Titel der neuen Afrika-Strategie des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Leider bleibt sie konventionellen europäischen Denkweisen verhaftet. Dazu gehört die Neigung, Werte und Normen vorzuschreiben.

Von James Shikwati

Vorrang in der BMZ-Strategie sollte ein Partnerschaftsmodell haben, das Afrika erlaubt, die Hürden auf dem Weg zum Wohlstand zu beseitigen. Meist gehen diese auf europäische Mächte zurück. Afrikas Markt ist fragmentiert. Die unzureichenden Wertschöpfungsketten entstanden in der Kolonialzeit. Seit Langem mangelt es an Investitionen in traditionelle Nahrungssysteme, stattdessen verdrängen subventionierte Agrarprodukte aus Europa kleinbäuerliche Angebote von unseren Märkten. Dass ausländische Konsumgüter den Einzelhandel dominieren, passt ins Bild.

Die BMZ-Strategie erklärt nicht, was in der Beziehung Europas mit Afrika schiefling. Europäische Mächte haben mehr als 100 Jahre lang afrikanische Länder geprägt und blieben nach deren Unabhängigkeit einflussreich. Trotzdem hat Europas Handel mit China den mit Afrika in den vergan-

genen Jahrzehnten überflügelt. Laut BMZ exportiert die EU fast doppelt so viel nach China wie nach Afrika. Bei den Importen liegt China um den Faktor vier vorne.

Die BMZ-Strategie sagt weder, wie viele Kilometer Straßen oder Schienen Deutschland in Afrika bauen will, noch wie viele Flug- und Seehäfen. Sie macht Vorschläge, wie Afrika in europäischen Augen attraktiver werden könnte, schweigt aber zu nötigen Veränderungen in Deutschland – etwa im Blick auf Investitionen in Afrika und entsprechendes Risikomanagement.

Afrika steht vor einem großen Dilemma. Länder mit hohem Einkommen, die lange Freie-Markt-Rhetorik pflegten, agieren zunehmend protektionistisch. Die USA und die EU machen Industriepolitik ohne viel Rücksicht auf die Marktorthodoxie, die sie jahrzehntelang predigten. Die Strukturanspassungen der 1980er sollten Afrikas Volkswirtschaften wettbewerbsfähig machen, haben aber keine großen Produktivitätsgewinne und Wohlstand gebracht. Sie haben afrikanische Ökonomien, die weiterhin von Rohstoffexporten abhängen, für multinationale Interessen geöffnet.

Afrikaner*innen wissen zwei Dinge: Europa braucht qualifizierte Einwanderung, will aber keine Flüchtenden. Was die BMZ-Strategie diesbezüglich erreichen soll, wird nicht verraten. Wie strikt sollen afri-

kanische Regierungen Deutschland zuliebe ihre Grenzen schließen? Und wie viele Fachleute hofft Deutschland abzuwerben? Aus afrikanischer Sicht erklärt letzteres Motiv, weshalb die Strategie so stark auf alle Formen von Bildung eingeht.

Sie verspricht über die Unterstützung von Demokratie und Menschenrechten hinaus auch deren Monitoring. Diese Arroganz geht aber nicht mit Vorschlägen einher, wie der internationalen Bedrohung der Demokratie begegnet werden soll.

Insistieren auf demokratischen Verfahren verhindert nicht die Dominanz finanzkräftiger Interessen. Die öffentliche Meinung wird psychologisch manipuliert. Weltweit fragen sich Wähler*innen, ob digitale Information sie in die Irre führte – etwa in Britannien, wo viele den Brexit nun bereuen.

In enger Kooperation sollten deutsche und afrikanische Institutionen prüfen, wie auf Algorithmen, die öffentliche Debatten mittels Suchmaschinen und sozialen Medien steuern, zu reagieren ist. Diese haben dazu beigetragen, Demokratie zu Fiktion zu machen.

Statt sich solchen Fragen zu stellen, verspricht die BMZ-Strategie Monitoring. Das größte Problem – nicht nur in Afrika – ist aber doch, dass Wähler*innen zu selten gute politische und wirtschaftliche Ergebnisse sehen, egal wem sie ihre Stimmen geben.

Die Welt ändert sich. Nationalismus nimmt zu. Die Konkurrenz von USA und China polarisiert die globale Arena. Die westliche Sicht auf den Ukrainekrieg überzeugt viele Regierungen bislang nicht.

Europa braucht Afrika als engen Partner. Die großen Fragen sind: Was bietet Europa an und wie will es verlorenes Vertrauen wiederherstellen? Die BMZ-Strategie bietet darauf keine befriedigenden Antworten.

LINK

BMZ, 2023: Gemeinsam mit Afrika Zukunft gestalten. (Auch auf Englisch und Französisch abrufbar.)

<https://www.bmz.de/de/laender/bmz-afrika-strategie>



JAMES SHIKWATI

ist Gründer und Direktor des kenianischen Thinktanks Inter Region Economic Network.
james@irekenya.com



Kaffee-Ernte in Uganda: Afrikanische Volkswirtschaften hängen weiterhin von Rohstoffexporten ab.

Unsere Website hat ein neues Design und ist für mobile Nutzung optimiert.

www.dandc.eu



Migrant*innen durchqueren den gefährlichen Dschungel zwischen Kolumbien und Panama.

SCHWERPUNKT

Migration und Flucht

„Unter EU-Druck hat Senegal die Migration mit Booten rechtlich mit Menschenhandel gleichgesetzt.“

FATOU FAYE, S. 21

„Kenia bietet Menschen aus dem Südsudan seit langem Asyl und Schutz.“

ALBA NAKUWA, S. 23

„Flucht bedeutet immer eine Zäsur, die das Leben in ein Davor und ein Danach teilt.“

DAGMAR WOLF, S. 24

„Entwicklungszusammenarbeit muss Potenziale für sozioökonomische Entwicklung nutzen.“

ASTRID PETER UND STEPHANIE DEUBLER, S. 26

„Fast sechs Prozent der Bevölkerung Kolumbiens sind Venezolaner*innen.“

FABIO ANDRÉS DÍAZ PABÓN, S. 28

„Innerhalb der EU steigt die Skepsis gegenüber Migration.“

OLIVER HARRY GERSON, S. 30

„Ältere weiße Männer schätzen originelle Ideen einer jungen Frau mit dunkler Haut nicht immer.“

SUPARNA BANERJEE, S. 32



ECOWAS

Straftat Migration

In westafrikanischen Staaten bleiben grundlegende Bedürfnisse der Bevölkerung oft unbefriedigt. Deshalb verlassen immer mehr Menschen ihre Heimat. Die dominanten Wirtschaftsmächte Europas und Nordamerikas versuchen aber, Migration möglichst zu verhindern. Senegals Politik unterstützt sie dabei – zulasten der eigenen Bevölkerung.

Von Fatou Faye

Die Medienberichterstattung vermittelt den Eindruck, Migration finde hauptsächlich von Entwicklungsländern in reiche Nationen statt. Tatsächlich bewegen sich Menschen in der westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) vor allem innerhalb ihrer Weltregion. Diese Migrationsströme entstanden nach der Unabhängigkeit. Sie entsprechen den Zielen der ECOWAS, die freien Personen- und Warenverkehr anstrebt.

Seit rund zwei Jahrzehnten behindert aber die Politik der EU diese Freizügigkeit. Die EU will aus innenpolitischen Motiven Migration nach Europa strikt begrenzen und allenfalls Fachkräfte hereinlassen. Entsprechend drängt sie westafrikanische Länder, ihre Grenzen strenger zu kontrollieren. Offiziell unterstützt die EU die wirtschaftliche Integration Westafrikas, aber ihr Bestehen auf Grenzkontrollen läuft diesem Ziel zuwider.

Für Westafrika ist Migration allerdings ökonomisch wichtig. Sie ist für das Überleben vieler Gemeinschaften – besonders im ländlichen Raum – entscheidend. Oft ist Migration ein Familienprojekt. Verwandten wird geholfen, in der Ferne Chancen zu ergreifen, und im Gegenzug schicken diese Leute dann Geld zurück nach Hause. Die Abwanderung führt in die städtischen Zentren, aber auch in Nachbarländer und manchmal auch nach Übersee. Es gibt nur wenige senegalesische Familien, die keine Verwandten im Ausland haben.

Migration dient oft als eine Art Rettungsanker. Junge Menschen finden daheim nämlich oft keine Perspektiven. Traditionelle Wirtschaftszweige wie Fischfang

und Landwirtschaft bieten kaum attraktive Beschäftigungschancen (siehe Box). Nicht zuletzt wegen der Politik der EU stehen sie unter hohem internationalem Druck.

Feste Arbeitsplätze im formellen Sektor gibt es kaum. Daran haben weder die Politik Senegals noch die internationale Entwicklungspolitik etwas geändert. Obendrein sind die Bildungschancen knapp. Private Einrichtungen sind teuer, und die staatlichen Universitäten sind überfüllt.

Junge Menschen suchen nach Auswegen und Anpassungsmöglichkeiten. Viele arbeiten in Großstädten wie Dakar im informellen Handel. Allerdings sind die wenigen geeigneten Standorte hart umkämpft, so dass viele nicht Fuß fassen können. Paradox ist auch, dass sie als „informell“ eingestuft werden, obwohl sie Steuern zahlen.

Senegal gilt folglich weiterhin als Ausreise-, Transit- und Aufnahmeland. Legale Abwanderung nach Europa oder Nordamerika ist für die meisten Menschen aber unmöglich. Unter europäischem Druck hat sich auch die Sichtweise von Senegals Öffentlichkeit verändert. Den Menschen wird

eingebläut, sie könnten im Heimatland erfolgreich sein und sollten dort bleiben. Junge Menschen, die auf der Flucht in der Wüste verdursteten oder im Mittelmeer ertrinken, gelten nicht mehr als Opfer. Ihnen wird unterstellt, sie seien unmotiviert, erfolglos und selbstmörderisch.

MIGRATION ALS MENSCHENHANDEL

Unter EU-Druck hat Senegal die Migration mit Booten rechtlich mit Menschenhandel gleichgesetzt und unter Strafe gestellt. Folglich sehen sich junge Leute zu anderen lebensgefährlichen Auswanderungsstrategien gezwungen.

Auch Migrationsabsichten gelten nun als illegal. Das ist juristisch problematisch, denn die beschuldigten Personen sind dank ihrer Staatsangehörigkeit (ob Senegals oder eines anderen ECOWAS-Mitglieds) zum Aufenthalt in Senegal berechtigt.

Senegals Grenzkontrollen in Afrika werden zudem von europäischen Frontex-Agenten unterstützt, was die Migration innerhalb der ECOWAS erschwert und das Land innerhalb der Staatengemeinschaft isoliert. Bislang hat der Staat zwar noch keinen Vertrag mit Frontex unterzeichnet, aber schon die Präsenz der Agenten im Senegal bereitet Sorge.

Obendrein ist das Staatshandeln intransparent. Senegals Zivilgesellschaft weiß



Wer auf dem Weg nach Europa ertrinkt, gilt vielen nicht mehr als Opfer: Rettungseinsatz von Ärzten ohne Grenzen auf dem Mittelmeer.



nicht, welche Verhandlungen die Regierung mit welchen Zielen mit EU-Partnern führt. Unabhängige Organisationen können ohne solche Informationen ihre Wächterrolle nicht wahrnehmen. Sie sollten beobachtend an internationalen Gesprächen beteiligt werden.

Klar ist, dass die senegalesische Politik europäischen Interessen dient. Dabei betont die Migrationspolitik der EU ausschließlich Sicherheitsfragen und nimmt andere wichtige Dinge nicht zur Kenntnis. Dazu gehören

soziale Ungleichheit und Ungerechtigkeit, Verstöße gegen demokratische Prinzipien und Menschenrechte, intransparente Verwaltung und die Diskriminierung von Frauen. All das trägt dazu bei, dass Menschen Westafrika verlassen wollen.

Tatsächlich sind die Missstände so groß, dass selbst Senegals Ruf als Demokratie fragwürdig ist. Die öffentliche Meinung wird manipuliert und politische Akteure halten sich nicht an Wahlversprechen. Die Ungleichheit von Mann und Frau ist gesetzlich verankert. Bauern und „informell“ Beschäftigte – also die große Mehrheit der Bevölkerung – haben keine soziale Sicherung, auch im Alter nicht. Dass die Erwerbstätigkeit von Millionen als „informell“ gilt, zeigt ohnehin, wie dysfunktional der postkoloniale Staat ist.

Die dominanten Wirtschaftsmächte, die Zuwanderung als Bedrohung sehen, obwohl sie sie brauchen, bestimmen die Spielregeln der internationalen Migration. Sie maßen sich an, zwischen guten und

schlechten Migranten auszuwählen. Die Bedürfnisse benachteiligter Bevölkerungsgruppen in Entwicklungsländern spielen dabei keine Rolle. Das offenbart den Rassismus und die Fremdenfeindlichkeit der Aufnahmeländer.

Im 19. Jahrhundert wanderten Menschen aus Europa massenhaft nach Amerika aus. Dadurch wurde das große Elend der industriellen Revolution erleichtert. Heute braucht Afrika diese Art von Unterstützung. Angesichts des hohen Bevölkerungswachstums und der begrenzten wirtschaftlichen Kapazitäten ist Abwanderung ein natürlicher Prozess. Anstatt ihn zu ermöglichen, mischt sie die EU in die Politik afrikanischer Länder ein, um ihn nach Möglichkeit zu unterbinden.



FATOU FAYE
arbeitet im Westafrikabüro
der Rosa-Luxemburg-Stiftung
in Dakar.
fatou.faye@rosalux.org

Perspektivlose Branchen

Traditionelle Wirtschaftszweige wie Fischfang und Landwirtschaft bieten jungen Menschen im Senegal keine nachhaltigen Lebensaussichten.

Senegal hat Fischereiabkommen unterzeichnet, die es ausländischen Trawlern erlauben, an der Küste zu fischen. Der Verband der traditionellen Fischer (Union nationale des pêcheurs artisanaux du Sénégal – Unapas) wurde nicht konsultiert und der genaue Wortlaut des Abkommens wurde nicht veröffentlicht.

Unapas vertritt die Mitgliedschaft gegenüber der Regierung. Über das Fischereiabkommen und die missbräuchlichen Fangtechniken ausländischer Schiffer herrscht große Unzufriedenheit. Es hat mehrfach Unfälle gegeben, an denen ausländische Trawler

und senegalesischen Pirogen beteiligt waren. Auf senegalesischer Seite waren Tote und Vermisste zu beklagen.



Kleine Felder: Landbesitz ist rechtlich oft unsicher.

Derweil sind die Fischbestände an den senegalesischen Küsten zurückgegangen. Fischer müssen nun mehr als 150 Kilometer pro Tag zurücklegen, um Beute zu finden. Die weite Fahrt ist teuer und gefährlich. Nötig wären unerschwingliche Investitionen. Immer wieder verschwinden Fischer auf offener See.

Außerdem wird Fisch im Senegal teuer und ist nicht mehr für alle Haushalte erschwinglich. Die Erwerbstätigkeit tausender Frauen, die Fisch mit traditionellem Trocknen haltbar machen, ist bedroht. Die Ausfuhr von Trockenfisch war früher ökonomisch wichtig, nimmt aber ab. Die Regierung schweigt zu diesen Themen.

Auch die traditionelle Landwirtschaft steht unter erheblichem Druck. Ein Problem ist der Klimawandel mit ausbleibendem Regen. Obendrein überschwemmen importiertes

Obst und Gemüse den heimischen Markt. Dass französische Supermarktketten zunehmend die traditionellen Lebensmittelmärkte verdrängen, trägt dazu bei.

Ackerböden verarmen. Derweil haben kleinbäuerliche Familien keinen gesicherten Rechtsanspruch auf die Felder, die ihnen traditionell gehören. Das ist in vielen Ländern Afrikas ähnlich. Regierungen verkaufen solches Land immer wieder an multinationale Agrarkonzerne. Auch im Senegal ist vielen Familien klar, dass sie plötzlich enteignet werden können. In vielen Fällen verkaufen sie ihre Äcker hektisch an Privatpersonen.

Eine langfristige attraktive Perspektive bietet jungen Menschen im Senegal weder die kleinbäuerliche Landwirtschaft noch die traditionelle Fischerei. Es ist kein Wunder, dass viele gern auswandern würden. **FF**



Kenianer*innen und Südsudanese*innen fordern 2018 gemeinsam, dass Vermögenswerte von Führern, die von den Unruhen im Südsudan profitieren, eingefroren werden.

MIGRATION IN AFRIKA

Als Geflüchtete in Kenia

Kenia bietet Menschen, die aus dem von scheinbar endlosem Krieg zerrissenen Nachbarland Südsudan geflohen sind, Sicherheit. Doch obwohl die Integration in die multiethnische kenianische Gesellschaft leicht sein sollte, befinden sich die meisten Südsudanese*innen in einer Sackgasse und sind nicht in der Lage, Arbeit zu finden oder auch nur ein Bankkonto zu eröffnen.

Von Alba Nakuwa

2005 flüchtete ich vor dem Bürgerkrieg im Südsudan nach Nairobi. Da war ich acht Jahre alt. Jetzt bin ich eine der 140 000 Geflüchteten aus meinem Land, die nach Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR) derzeit in Kenia leben. Ich wusste von Anfang an, dass mein Leben in diesem neuen Land nicht einfach sein würde. Aber die schreckliche Situation, vor der wir geflohen sind, hat die meisten von uns darauf vorbereitet, auf so ziemlich alles gefasst zu sein.

Wir Geflüchtete sind nicht die einzige Verbindung zwischen Südsudan und Kenia.

Die beiden Nachbarländer haben seit jeher viele Gemeinsamkeiten. Mehrere ethnische Gruppen haben in beiden Ländern eine Geschichte, insbesondere nilotischsprachige Völker wie die Luo und Dinka. Darüber hinaus gehören beide Länder heute der East African Community an und pflegen somit enge politische und wirtschaftliche Beziehungen.

Kenia bietet Menschen aus dem Südsudan seit langem Asyl und Schutz. 1983 brach ein Bürgerkrieg zwischen der sudanesischen Zentralregierung und der Sudanesischen Volksbefreiungsarmee aus. Er endete 2005, und Südsudan wurde unabhängig. Dennoch herrscht kein Frieden im Land. Gewaltsame Zusammenstöße zwischen offiziellen Sicherheitskräften und Rebellenmilizen dauern an. Laut UNHCR wurden insgesamt 2,4 Millionen Menschen vertrieben.

Viele Südsudanese*innen leben seit Jahrzehnten im berüchtigten Flüchtlingslager Kakuma und in der Siedlung Kalobeyei nahe der Grenze zum Südsudan. Ich hatte

Glück und blieb nur einen Monat dort, ehe ich in die Hauptstadt Kenias umziehen konnte.

Ich fühlte mich auch privilegiert, unter denen zu sein, die eine komplette formale Ausbildung erhalten haben, von der Grundschule bis zur Uni. Es war natürlich nicht einfach, in einem fremden Land zu lernen. Wir Flüchtlingskinder sprachen Arabisch oder lokale Sprachen wie Didin-ga oder Laarim. Aber je mehr Englisch und Swahili ich verstand, desto mehr Sinn ergab alles, und ich fand immer mehr Freunde in der Schule.

Anfangs hatte ich Angst vor der neuen Schule und der neuen Umgebung. Die kenianische Kultur ist jedoch sehr vielfältig; es gibt mindestens 43 ethnische Gruppen sowie Geflüchtete aus Somalia und anderen Ländern. Jeder ist hier von Zeit zu Zeit und in verschiedenen Umgebungen fremd, so dass die Interaktionen in der Schule ziemlich selbstverständlich waren. Ich fühlte mich schnell integriert.

GEWALT ALS NORM

Das UNHCR hilft Geflüchteten bei der Schulanmeldung. Viele kommen trotzdem kaum zurecht, weil ihnen Papiere fehlen und ausreichend Beratung, um sich im neuen System zurechtzufinden. Viele Geflüchtete brechen in Kenia die Schule ab. Das liegt auch am Geld. Grundschulbildung ist in Kenia weitgehend kostenlos, aber ab dem Sekundär- und Tertiär-Level wird es schwierig, weil hohe Schulgebühren verlangt werden. Auch hier hatte ich Glück. Dank der Unterstützung einer deutschen Nonne konnten einige andere Geflüchtete und ich ein Diplom machen. Aber nicht jeder bekommt eine solche Chance.

Frieden und Stabilität in Kenia sehe ich als Segen. Die meisten von uns fühlen sich hier sicher. Die kenianische Verfassung enthält klare Leitlinien und demokratische Grundsätze, die helfen, Konflikte zu vermeiden. Die Geschichte des Südsudans dagegen ist von Krieg und Gewalt geprägt.

In Chukudum, dem Dorf, in dem ich geboren wurde, haben die meisten ein oder zwei nicht zugelassene Waffen. Ich habe gesehen, wie Konflikte zwischen Nachbarn in Mord endeten. Gewalt ist im Südsudan die Norm. In Kenia frei zu leben, ohne mich bedroht zu fühlen, ist das größte Geschenk für mich.

Die meisten Menschen aus dem Südsudan im Großraum Nairobi leben zur Miete. Wir sind stolz darauf, auch als Geflüchtete für ein Dach über unserem Kopf sorgen zu können.

Unser Status hat auch Schattenseiten. Arbeitslosigkeit bleibt für viele Südsudanese*innen ein großes Problem – selbst wenn sie einen Uni-Abschluss haben,



ins Alltagsleben integriert sind und Swahili und andere kenianische Sprachen beherrschen. Eine Arbeitserlaubnis ist schwer zu bekommen, und wenn es Jobs gibt, werden meist kenianische Staatsangehörige bevorzugt.

Mangels rechtlicher Dokumente ist es schwer, ein Bankkonto zu eröffnen oder medizinische Leistungen in Anspruch zu nehmen. Besonders der Zugang zur öffentlichen Gesundheitsversorgung ist schwierig. Wir müssen oft mehr für eine Behandlung bezahlen, als zu erwarten wäre. Und leider gibt es auch in der multiethnischen kenianischen Gesellschaft Diskriminierung. Wir erleben offene Ausgrenzung und Ablehnung, aber die Menschen machen auch Witze oder beleidigen uns, um uns daran zu erinnern, woher wir kommen.

Das kenianische Flüchtlingsgesetz aus dem Jahr 2021 gibt Anlass zur Hoffnung, dass die Probleme von Südsudanese*innen und anderen Geflüchteten bis zu einem

gewissen Grad gelöst werden könnten. Der Gesetzentwurf sieht zum Beispiel vor, dass Geflüchtete eine Beschäftigung aufnehmen und auch frei Handel treiben können, wenn sie über die erforderlichen Qualifikationen verfügen.

Die Lage Geflüchteter muss sich auf jeden Fall verbessern. Denn die meisten sind junge Menschen mit viel Potenzial. Kenia, Südsudan und andere Herkunftsländer könnten davon profitieren. Es ist eine Schande, dass dieses Potenzial weitgehend ungenutzt bleibt. Der Flüchtlingsstatus hindert sie daran, einen sinnvollen Beitrag zur afrikanischen Gesellschaft – und zur Zukunft unseres Planeten allgemein – zu leisten.



ALBA NAKUWA

ist eine freie Journalistin aus dem Südsudan, die in Nairobi lebt.

albanakwa@gmail.com

FLUCHT UND VERTREIBUNG

Eine Geißel der Menschheit

In seinem Buch „Flucht – eine Menschheitsgeschichte“ blickt der deutsche Historiker Andreas Kossert auf ein wiederkehrendes Drama. Im Mittelpunkt stehen die Geflüchteten selbst mit ihren Erfahrungen, Geschichten – und ihrem Potenzial für die Gastländer.

Von Dagmar Wolf

„In uns allen steckt ein Flüchtling“, lautet ein berühmtes Zitat des Gründers der Hilfsorganisation Cap Anamur, Rupert Neudeck. Er rief die Organisation 1979 ins Leben, um vietnamesische Geflüchtete aus dem Südchinesischen Meer zu retten. Heute ist sie weltweit an Hilfsprojekten beteiligt. Neudeck, der 2016 verstarb, führte sein Engagement auf eigene Erlebnisse zurück: Er musste kurz vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs als Kind aus Danzig fliehen. Die Flucht prägte sein Leben – und Neudeck wurde klar, dass die meisten Menschen ei-

nen Hintergrund haben, der mit Migration zu tun hat.

Das Zitat darf auch in dem Buch „Flucht – eine Menschheitsgeschichte“ des promovierten Historikers Andreas Kossert nicht fehlen. Geschichten von Menschen, die ihre Heimat verlassen müssen, seien so alt wie die Menschheit selbst, schreibt Kossert. In allen Weltregionen, Sprachen und Kulturen seien sie ein Kernthema – und in fast jeder Familie zu finden. In seinem Buch spannt er einen weiten Bogen: von der Vertreibung der ersten Menschen aus dem Paradies über die Verbannung der Jüdinnen und Juden bis zur Vertreibung der Muslime aus Spanien im Mittelalter; von der Versklavung und Verschleppung von Menschen aus Afrika über den nationalistisch motivierten Terror des 20. Jahrhunderts bis hin zu den Fluchtbewegungen der Gegenwart, verursacht durch Bürgerkriege, Terror und Klimakrise.

Kossert konzentriert sich auf Europa und den Nahen Osten, blickt aber auch nach Asien, Afrika und Lateinamerika. Obwohl Ursachen und Verhältnisse, die Menschen zur Flucht bewegten, sehr unterschiedlich seien, so teilten doch fast alle ähnliche Erfahrungen, schreibt er: Erniedrigung, Gewalt, Angst, Verlust, Schmerz, Überforderung, Feindseligkeit.

Dem Autor geht es nicht um die Darstellung oder Aufarbeitung der historischen Hintergründe von Fluchtbewegungen, sondern darum, wie Geflüchtete selbst ihre Situation erleben und darstellen. Mittels persönlicher Zeugnisse wie Interviews, Tagebucheinträgen und literarischer Werke lässt er sie selbst zu Wort kommen – wie im Fall von Rupert Neudeck.

BRUCH UND VERLUST

Flucht bedeutet immer eine Zäsur, die das Leben in ein Davor und ein Danach teilt, wie Kossert schreibt. Sie sei der Bruch der Kontinuität mit den Vorfahren. Über Generationen weitergegebene Investitionen, Grund und Boden, auch immaterieller Besitz – alles bleibe zurück. Hinzu komme der Verlust der Nachbarn und Freunden, der Orte des



Flucht aus den deutschen Ostgebieten vor den vorrückenden Truppen der Roten Armee im Frühjahr 1945.

bisherigen Lebens, selbst der Friedhöfe der verstorbenen Ahnen.

Viele Flüchtende verlieren ihre Heimat für immer. Mit dem Abschließen der Haustüre beenden sie ihr bisheriges Leben. Wie Kossert schreibt, wird der Schlüssel dabei oft zum Symbol für alles Zurückgelassene, sorgfältig aufbewahrt für den Tag der Rückkehr, der meist nie kommt. Nicht wenige geben den Schlüssel von Generation zu Generation weiter – ein Brauch, der bereits bei den sephardischen Juden im 15. Jahrhundert üblich war. Andere nehmen symbolisch eine Handvoll Heimerde mit, um später nicht in fremder Erde ruhen zu müssen, wie die Ukrainerin Anna Sudyn, die nach dem Zweiten Weltkrieg von der polnischen Armee vertrieben wurde.

Auch wenn die Geflüchteten endlich in vermeintlicher Sicherheit sind, lasten die Erfahrungen des Verlustes der Heimat und der Flucht schwer auf ihnen. Oft sind sie geprägt von Demütigung und Gewalt, unter der insbesondere Frauen und Mädchen leiden, von Zwangsarbeit und körperlichen Strapazen, vom Fremdsein im Ankunftsland und von der Trauer um das Verlorene.

„Ob aus Syrien, Schlesien oder Myanmar, in den Ankunftsändern sind Flücht-

linge eine beliebte Projektionsfläche für jene, die Angst haben, ins Hintertreffen zu geraten, die ihre Sicherheit bedroht sehen“, schreibt Kossert. Das individuelle Schicksal zähle dann nicht. „Die“ Flüchtlinge würden zu einer gesichtslosen Masse, die kein Mitgefühl erwecke. In Kombination mit Begriffen wie „Flut“, „Lawine“, „Welle“ oder „Strom“ würden sie vielmehr als eine Art Naturkatastrophe wahrgenommen, gegen die man sich nur durch den Bau hoher Mauern und Dämme schützen könne, analysiert Kossert.

GEFLÜCHTETE BEREICHERN GESELLSCHAFTEN

Wenn Geflüchtete bleiben, können sie Gesellschaften bereichern und modernisieren. Kossert illustriert diesen Aspekt vor allem mit deutschen Erfahrungen: Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs kamen etwa 14 Millionen Vertriebene in die vier Besatzungszonen. Die Neuankömmlinge brachten Wissen und Fähigkeiten mit – und pflegten ihre Traditionen: Musik, Rezepte und Gerüche weckten Erinnerungen an die Heimat. So bereichern Geflüchtete fast überall auf der Welt die Speisekarten der Gastländer.

Für Einzelne können Flucht und Vertreibung eine menschliche Tragödie sein; im größeren Maßstab betrachtet sind sie eine globale Katastrophe. Doch wie Kossert festhält, sind es nicht die Geflüchteten im Mittelmeer und anderswo, die diese Krise verursachen. Vielmehr sind es politische Entscheidungen, die Menschen zu Flüchtlingen machen. Es könne alle treffen – und es treffe zunehmend mehr Menschen, betont Kossert. Er fordert, Fluchtursachen in gemeinsamer Anstrengung zu bekämpfen. Dazu gehöre auch, Gewalt zu ächten, die zu Flucht und Vertreibung führe. Das Bewusstsein dafür international zu schärfen, hält er für ein zentrales Anliegen – sowohl für Flüchtende als auch für alle anderen.

LITERATUR

Kossert, A., 2022: *Flucht – Eine Menschheitsgeschichte*. München, Pantheon. Originalverlag: München, Siedler, 2020.



DAGMAR WOLF
ist Redaktionsassistentin bei
E+Z/D+C

euz.editor@dandc.eu



Lehrwerkstatt zum Thema Mauerwerk in den Räumen von Vertriebenen.

DEUTSCHE ENTWICKLUNGSPROJEKTE

Potenzial nutzen

Migration hat sowohl positive als auch potenziell negative Auswirkungen auf das Leben einzelner Menschen, aber auch auf Staaten und multilaterale Beziehungen. Wichtig ist, das transformative Potenzial von Migration zu fördern und im Kontext von Flucht und Vertreibung Synergieeffekte etwa mit der humanitären Hilfe sinnvoll zu nutzen.

Von **Stephanie Deubler und Astrid Peter**

Ökonomisch betrachtet ist Migration zweischneidig. Geldtransfers von Migrant*innen an ihre Familien kurbeln die Wirtschaft der Herkunftsländer an. Dringend benötigte Fachkräfte füllen Lücken in den Aufnahmeländern, fehlen aber häufig in ihren Herkunftsländern.

Die Entwicklungszusammenarbeit muss also Potenziale von Migration für die sozioökonomische Entwicklung der beteiligten Ländern nutzen und zugleich Risiken minimieren. Maßnahmen müs-

sen möglichst viele Vorteile für Herkunfts- und Aufnahmeländer, aber auch für die Migrant*innen und ihre Familien schaffen. Sichere, geordnete und reguläre Migration ist daher auch im zehnten UN-Ziel für nachhaltige Entwicklung (SDG – Sustainable Development Goal) verankert.

Abgesehen von den universellen Menschenrechten, die für alle Migrant*innen gelten, gibt es allerdings bisher keinen völkerrechtlichen Rahmen, der Migration global regelt. Flucht hingegen ist eine spezielle Form der Migration, die dem Überleben der Person dient und durch die Genfer Flüchtlingskonvention 1951 und das Protokoll von 1967 abgedeckt ist.

2016 beschloss die UN-Generalversammlung die New Yorker Erklärung für Flüchtlinge und Migranten. Auf dieser Basis entstanden 2018 sowohl der Globale Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration als auch der Globale Flüchtlingspakt. Der Globale Flüchtlingspakt beruht

auf dem sogenannten HDP-Nexus (Humanitarian-Development-Peace-Nexus), der humanitäre Hilfe, Entwicklung und Frieden als Grundprinzipien von Maßnahmen der Flüchtlingshilfe festlegt.

So wurde auch die Rolle der Entwicklungszusammenarbeit in Flucht Kontexten klar definiert, beispielsweise mit Blick auf die Integration von Flüchtlingen in soziale Sicherungssysteme. Zuvor war die Versorgung von Flüchtlingen und Binnenvertriebenen meist Aufgabe der humanitären Hilfe. Angesichts steigender Zahlen von Menschen auf der Flucht und insbesondere zunehmend lang anhaltender Fluchtsituationen müssen aber viele verschiedene Akteure koordiniert zusammenarbeiten.

Die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH schafft deshalb komplementär zur kurzfristig angelegten humanitären Hilfe langfristige Perspektiven für die betroffenen Menschen. Sie nutzt Synergien mit anderen Akteuren. In Norduganda arbeitet die GIZ zum Beispiel in einem von der Europäischen Union (EU) und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) finanzierten Projekt zur Unterstützung von Flüchtlingen und aufnehmenden Gemeinden mit dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) zusammen.

Ziel ist, die ugandische Strategie für lokale Wirtschaftsentwicklung dezentral voranzutreiben und die Distriktverwaltungen zu stärken. Die Zusammenarbeit der GIZ-Teams mit lokalen UNHCR-Vertretungen und Behörden Ugandas erleichtert die Erarbeitung der Distriktentwicklungspläne und gewährleistet dabei die Berücksichtigung von Flüchtlingen.

BINNENVERTREIBUNG IST INNENPOLITIK

Für den Schutz von Binnenvertriebenen sind die Herkunftsländer verantwortlich. Internationale Hilfe ist gemäß dem Grundsatz der territorialen Integrität nur mit Zustimmung der jeweiligen Regierung möglich. Die UN-Leitlinien zur Binnenvertreibung gibt es seit 1998. Sie basieren auf dem humanitären Völkerrecht und den Menschenrechtsverträgen, sind aber nicht rechtlich bindend, sondern nur ein internationaler Standard.

Darüber hinaus rief der UN-Generalsekretär António Guterres 2019 das „High-

Level Panel on Internal Displacement“ ins Leben. Auf den Panel-Empfehlungen beruht die „UN Action Agenda on Internal Displacement“ von 2022, die eine Vision für eine bessere Prävention und Bewältigung von Binnenvertreibungskrisen darlegt. Die GIZ unterstützt weltweit die Umsetzung dieser Agenda im Auftrag verschiedener Auftraggeber.

Geschlechtsspezifische Benachteiligungen können sich in allen Fluchtsituationen verstärken, unter anderem weil Schutzräume fehlen. So steigt beispielsweise das Risiko von geschlechtsbasierter Gewalt insbesondere für Frauen und Mädchen, aber auch für Männer, Jungen und LGBTIQ+-Personen. Verstärkte Vulnerabilität kann zu Abhängigkeits- und Ausbeu-

tungsverhältnissen führen. Gemäß der im März vorgestellten Leitlinien feministischer Außen- und Entwicklungspolitik des BMZ und Auswärtigen Amts unterstützt die GIZ mit Finanzierung ihrer Auftraggeber daher in Fluchtkontexten zum Beispiel die Einrichtung von Frauenzentren, die geschützte Räume darstellen und bedarfsgerechte Fortbildungen, Kurse und Freizeitmöglichkeiten anbieten.

Eine Fluchtsituation kann in diesem Zusammenhang auch transformatives Potenzial haben. Traditionelle Rollenverteilungen können im neuen Kontext hinterfragt und Geschlechterverhältnisse neu ausgehandelt werden. Dieser Prozess bietet Chancen, tradierte Geschlechterrollen aufzubrechen, verläuft allerdings oft nicht

konflikt- und gewaltfrei. Die Empowerment-Ansätze und bewussteinsschaffenden Maßnahmen der GIZ denken deshalb von Anfang an Geschlechterverhältnisse mit und schließen, wo immer möglich, Männer ein.

STEPHANIE DEUBLER

arbeitet für die GIZ in Eschborn. Sie ist Senior-Fachplanerin zu den Themen Migration und Flucht im Fach- und Methodenbereich der GIZ. stephanie.deubler@giz.de

ASTRID PETER

arbeitet für die GIZ in Eschborn. Sie ist Senior-Fachplanerin zu den Themen Migration und Flucht im Fach- und Methodenbereich der GIZ. astrid.peter@giz.de

Einschlägige GIZ-Vorhaben

Am Horn von Afrika berät die GIZ – finanziert vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) – seit 2017 die Zwischenstaatliche Behörde für Entwicklung (Intergovernmental Authority on Development, IGAD) zu einer verbesserten Umsetzung der regionalen Flucht- und Migrationspolitiken. Die IGAD-Mitgliedstaaten Äthiopien, Dschibuti, Kenia, Somalia, Sudan, Südsudan und Uganda – Eritreas Mitgliedschaft ist zurzeit ausgesetzt – stehen vor zahlreichen Herausforderungen. Fragile Staatlichkeit, interne und grenzüberschreitende Konflikte und zunehmend heftige Auswirkungen der Klimakrise sind Faktoren, die zu Migrations- und Fluchtbewegungen innerhalb und aus der Region beitragen.

Die Länder sind dabei meist gleichzeitig Herkunfts-, Transit- und Zielländer. Ostafrika beherbergte 2021 mehr als 4,1 Millionen Flüchtlinge

und rund elf Millionen Binnenvertriebene. Die GIZ unterstützt IGAD dabei, dauerhafte Lösungen für Migrant*innen und Menschen auf der Flucht zu bieten und regionale politische Zielsetzungen in Bezug auf Migration und Vertreibung umzusetzen.

Außerdem arbeitet die GIZ mit IGAD daran, die Kapazitäten lokaler Verwaltungen in Grenzgebieten der Region zu stärken, um die Grundversorgung von Migrant*innen, Flüchtlingen und aufnehmenden Gemeinden zu verbessern. Übergeordnet soll das GIZ-Projekt helfen, Lernprozesse der Mitgliedstaaten auf Basis bereits gemachter Erfahrungen zu verbessern sowie regionale Migrationsdaten zu harmonisieren, um die Politikgestaltung stärker faktenbasiert ausrichten zu können.

In Mali unterstützt die GIZ, finanziert durch das BMZ und das kanadische Außenministerium, die Stärkung der sozioökonomischen Teilha-

be von Binnenvertriebenen, Flüchtlingen und vulnerabler lokaler Bevölkerung in aufnehmenden Gemeinden der Regionen Kayes, Ségou, Mopti, Gao und dem Großraum Bamako.

Extremistische Gewalt, Anschläge und organisierte Verbrechen nahmen hier in den vergangenen Jahren zu. Zusammen mit wachsenden ethnischen Konflikten führen diese Situationen verstärkt zu interner Vertreibung und damit zu großen Herausforderungen für die Gemeinden, die die Binnenvertriebenen aufnehmen. Hinzu kommen Fluchtbewegungen aus Nachbarländern nach Mali.

Konflikte um Grundnahrungsmittel und Wasserressourcen verstärken sich damit. Die humanitäre Hilfe kann hier nur punktuell agieren und bietet langfristig keine Lösungen. Ein weiteres Problem ist die niedrige Beschäftigungsrate der Binnenvertriebenen und Flüchtlinge. Zudem leiden diese Menschen häufig unter physischen und psychischen Folgen der Gewalt und Vertreibung, die sie erlebt haben. Die

Lage ist für Frauen und Mädchen aufgrund bestehender Ungleichheiten und Diskriminierung noch prekärer.

Staatliche Strukturen schaffen es hier nicht, diesen vielfältigen Herausforderungen angemessen zu begegnen und den sozialen Zusammenhalt zu fördern. Die drei Aktionsschwerpunkte des GIZ-Projekts in Mali sind aus diesem Grund:

- berufliche und soziale Bildung,
- die Zusammenarbeit mit dem Privatsektor und
- die Stärkung des sozialen Zusammenhalts und der Kommunalentwicklung.

Der Ansatz basiert auf dem Aufbau individueller und organisatorischer Kapazitäten und der Stärkung von Kooperations- und Vernetzungsstrukturen. Das Vorhaben arbeitet bei der Umsetzung dieses Ansatzes mit Organisationen wie dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR), der internationalen Organisation für Migration (IOM) sowie Gebietskörperschaften und anderen dezentralen Diensten zusammen. SD, AP



Nach der Durchquerung des Dschungels stehen Menschen in Bajo Chiquito, einer panamaischen Gemeinde in der Region Darién, Schlange.

Länder wie Kolumbien ausgeweitet haben. Migrant*innen und Geflüchtete waren auch in bereits bestehende kriminelle Aktivitäten in Kolumbien verwickelt.

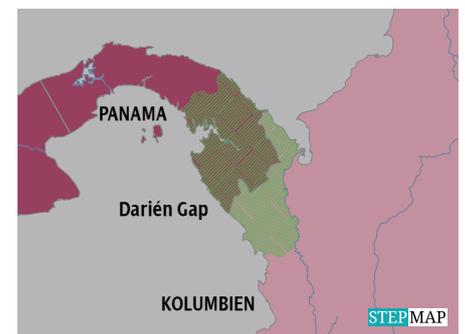
MINDERJÄHRIGE DURCHQUEREN DEN DSCHUNGEL

Die daraus resultierende Stigmatisierung und allgemeine Feindseligkeit schränken die Möglichkeiten der gesetzestreuen Mehrheit der venezolanischen Migrant*innen weiter ein. Nachdem sie ihr Herkunftsland verlassen haben, in dem die Kindersterblichkeit hoch und die Lebensbedingungen schlecht sind, zwingt sie die Ablehnung ihrer Nachbarländer dazu, weiter nach besseren Perspektiven zu suchen – meist jenseits des Darién Gap.

Nicht nur junge Männer wagen sich auf diese gefährlichen Trecks. Überall in Lateinamerika durchqueren schwangere Frauen oder Familien mit Kleinkindern den Dschungel oder Berge wie die Anden. Zwanzig Prozent der Menschen, die den Darién überqueren, sind minderjährig. Die Risiken, die Eltern und Familien eingehen, unterstreichen ihre tragische Situation.

Ein ganzer Wirtschaftszweig ist entstanden, der meist von illegalen Organisationen betrieben wird und Dienstleistungen wie Transport, Verpflegung, Bestechung von Beamten*innen und Informationen über Routen anbietet. Auch deshalb versuchen immer mehr Menschen durch gefährliches Terrain in Lateinamerika zu reisen, um anderswo Schutz oder ein besseres Leben zu suchen – bevorzugt in Nordamerika.

Höchstwahrscheinlich werden sie das weiterhin tun, da die Inflation in der Region gestiegen ist und das Wirtschaftswachstum vielerorts stagniert. Die Venezolaner*innen, die in ein anderes lateinamerikanisches Land emigriert sind, sehen sich gezwungen, nach Venezuela zurückzukehren, weil



MIGRATION IN LATEINAMERIKA

Ein gefährlicher Treck

Die Abwanderung von Menschen aller Altersgruppen aus Venezuela geht nach wie vor weiter. Ihre Migration folgt aber einer veränderten makroökonomischen Dynamik, die zeigt, dass sie zunehmend versuchen, nach Nordamerika zu gelangen.

Von Fabio Andrés Díaz Pabón

Verschiedene lateinamerikanische Länder sind venezolanischen Flüchtlingen gegenüber eher feindselig eingestellt. Deshalb steigt die bereits bestehende Beliebtheit von Nordamerika als Migrationsziel. 2022 durchquerten laut der Regierung Panamas 250 000 Migranten und Flüchtlinge den sogenannten Darién Gap zwischen Kolumbien und Panama. Die Durchquerung dieses Dschungelgebiets gilt als besonders gefährlich, aber die Route wurde schon immer genutzt – nicht nur von Migrant*innen und Geflüchteten, sondern auch von Drogenhändler- und Schmuggler-Gruppen.

Meist sind es Venezolaner*innen auf dem Weg in die USA oder nach Kanada, die den Dschungel in der kolumbianischen und panamaischen Grenzregion durchqueren, aber auch Menschen aus anderen Ländern nehmen die gefährliche Route auf sich. Nach Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR) gibt es derzeit weltweit mehr als 7,13 Millionen Geflüchtete und Migrant*innen aus Venezuela – ein Viertel der Bevölkerung des Landes.

Die Aufnahmeländer haben ihre Verpflichtung zum Schutz der Geflüchteten

bisher bestenfalls halbherzig erfüllt. Selbst die neue linksgerichtete Regierung Kolumbiens hat ihre Unterstützung für die Venezolaner*innen zurückgefahren und verfügt über kein wirklich funktionierendes Meldesystem zur Erfassung der Zahl der Geflüchteten und Migrant*innen.

Gleichzeitig zeigt der Fall Kolumbien aber auch, wie interne Spannungen und globale Herausforderungen mit der Fähigkeit und den Ressourcen eines Landes kollidieren, Menschen zu schützen. Wie ganz Lateinamerika wurde Kolumbien von der Covid-19-Pandemie schwer getroffen, auch wenn sich einige wirtschaftliche Indikatoren zu erholen scheinen. Hinzu kommt, dass die Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft schwindet, was den Schutz der ohnehin gefährdeten Migrant*innen und Geflüchteten schwächt.

Das kolumbianische Amt für Migration schätzt, dass derzeit fast drei Millionen Venezolaner*innen in Kolumbien leben. Fast sechs Prozent der Bevölkerung Kolumbiens sind somit Venezolaner*innen. Ihre Präsenz hat zu fremdenfeindlichen Äußerungen populistischer Politiker geführt, die die Abschiebung von Venezolaner*innen fordern. Manche glauben, venezolanische Geflüchtete seien direkt für die Verschlechterung der Sicherheitslage in Kolumbien verantwortlich, obwohl Studien keinen eindeutigen Zusammenhang feststellen können. Dennoch gibt es kriminelle venezolanische Gruppen, die ihre Aktivitäten über Migrant*innennetzwerke auf andere

sie ihre wachsenden Ausgaben und gleichzeitig die Unterstützung ihrer Familien zu Hause nicht mehr decken können. Die einzige Alternative scheint zu sein, ihre Reise fortzusetzen und nach Orten mit höheren Löhnen und besseren Lebensbedingungen zu suchen. Der Großteil meint, dass solche Orte in Kanada oder den USA zu finden sind.

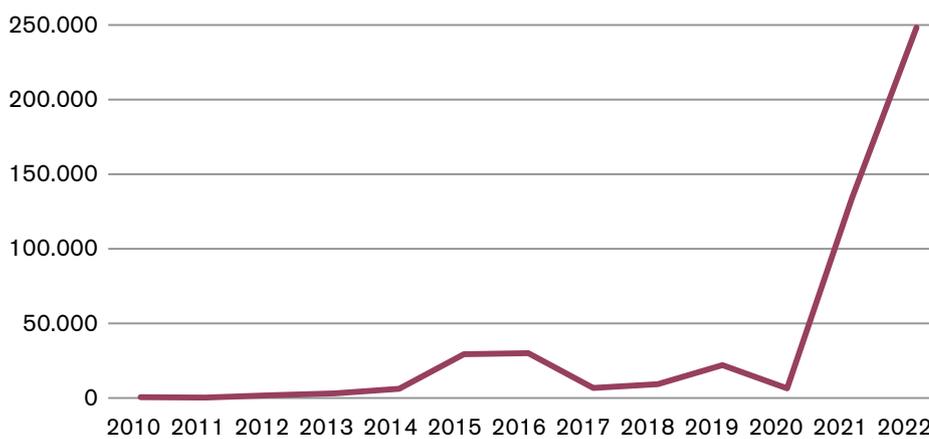
Aus makroökonomischer Sicht hilft der Druck der USA durch das Federal Re-

serve System der Situation nicht. Durch die Erhöhung der Zinssätze gibt es mehrere Dominoeffekte. Erstens steigert sie den Schuldendienst der Entwicklungsländer (was die verfügbaren Mittel für Sozialprogramme reduziert). Zweitens verdrängt sie internationale Investitionen (was zu höheren Wechselkursen führt). Und drittens erhöht sie die Kosten für den Import von Waren (was Länder direkt betrifft, die auf den Import von Grunderzeug-

nissen wie Brennstoff oder Getreide angewiesen sind). Im Angesicht schwacher sozialer Sicherungssysteme ist menschenwürdiges Leben so kaum mehr möglich.

Um Menschen davon abzuhalten, sich auf tödliche Routen zu begeben, muss man ihre Lebensbedingungen zu Hause verbessern. Dazu bedarf es der Förderung eines gerechten Wirtschaftswachstums in den Ländern der Region. Aber in Venezuela werden das Joch des autoritären Regimes und die internationalen Sanktionen weiter bestehen, und die Aussichten für die internationale Wirtschaft bleiben düster. Die Maßnahmen der US-Notenbank heizen die Dynamik weiter an, die zu einer noch größeren Abwanderung von Menschen und zum Niedergang weiterer Volkswirtschaften in der Region führen wird.

Anzahl der Geflüchteten/Migrant*innen, die die Grenze überqueren



FABIO ANDRÉS DÍAZ PABÓN
ist Forscher am African
Centre of Excellence for
Inequality Research der
Universität Kapstadt und
wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Rhodes-

Universität in Südafrika.

diazpabon@iss.nl

Chart: Fabio Andrés Díaz Pabón

Sperrung des Dschungels

Jüngsten Berichten zufolge hat das US-Ministerium für Innere Sicherheit mit den Regierungen Kolumbiens und Panamas ein Abkommen ausgehandelt, um Migrant*innen daran zu hindern, die Landbrücke und den gefährlichen Dschungel (den Darién Gap, siehe Haupttext) zwischen den beiden Ländern zu durchqueren. Der Strom von Menschen auf dem Weg in die USA würde so gestoppt. Es stellt sich die Frage, ob das Abkommen nun zu einer Militarisierung der Grenze führt.

Auch wenn die Präsenz staatlicher Streitkräfte notwendig sein kann, müssen Staaten andere Mittel einsetzen, wenn

sie Migrant*innen helfen wollen. Waffen sind sinnlos. Die Krise im Darién Gap erfordert humanitäre Hilfe sowie die Anerkennung ihrer Ursachen und der Unzulänglichkeit der derzeitigen Maßnahmen.

Wenn man sich dieser Krise aus einer militärischen Perspektive nähert, führt das dazu, dass Migrant*innen in das Kreuzfeuer zwischen Streitkräften und Drogenhändlern geraten. Da Drogenhändler Kontrolle über die Menschen ausüben, die die Grenze überqueren, ist es wahrscheinlich, dass die Präsenz von Streitkräften zu Zusammenstößen führen wird. Die Händler werden

versuchen, die Kontrolle über das illegale Migrationsgeschäft zu behalten und ihre Drogenhandelsrouten zu verteidigen.

Dies wird auch zu Mehreinnahmen für Schlepper führen. Sie werden die Überquerung des Darién Gap aufgrund der höheren Kosten und Risiken nur noch teurer machen. Und es bedeutet auch, dass Migrant*innen neue (und gefährlichere) Routen ausprobieren werden, etwa über das karibische Meer oder den Pazifik.

Institutionalisierte Migrationskanäle müssen ausgebaut werden (wie die von der US-Regierung versprochene Ausweitung von humanitären Einreisegenehmigungen). Solche Maßnahmen ermöglichen auch den Aufbau von Institutionen, die den Zustrom von

Menschen aus anderen Kontinenten (hauptsächlich Asien und Afrika) bewältigen können.

21000 afrikanische und asiatische Migrant*innen überquerten den Darién Gap im Jahr 2022. Dazu gehören etwa Menschen aus dem Senegal, Indien, Nepal oder Somalia. Die Durchquerung des Dschungels ist eine Reaktion auf den fehlenden Zugang zu offiziellen Migrationswegen. Sie zeigt auch den zunehmend transnationalen Charakter von Flucht und Migration. Die Tatsache, dass dieser Weg für Menschen aus der ganzen Welt immer attraktiver wird, macht deutlich, wie wichtig es ist, dafür zu sorgen, dass sie in ihren Heimatländern ein Auskommen haben und ein würdiges Leben führen können. FP

EUROPÄISCHE UNION

Verschärfter Grenzschutz

Es fliehen wieder mehr Menschen über das Mittelmeer in die EU. Diese reagiert, indem sie ihre Grenzschutzagentur Frontex stärkt. Zugleich verschärfen einige EU-Länder ihre Flüchtlingspolitik – häufig zulasten von Menschenrechten.

Von Oliver Harry Gerson

Der Weg von Nordafrika und der Türkei über das Mittelmeer hat sich nach einigen wenigen Jahren der Entspannung wieder zu einem Hotspot der Fluchtrouten entwickelt. 2022 kamen laut EU mehr als 90 000 Migranten und Migrantinnen über die zentrale Mittelmeerroute, über 50 Prozent mehr als noch im Jahr 2021.

Innerhalb der EU steigt wiederum die Skepsis gegenüber Migration. Die EU-Kommission hat im Januar 2023 eine Strategie vorgelegt, die darauf abzielt, deutlich mehr Migrantinnen und Migranten ohne Bleibeerecht aus der EU zurückzuführen. In den vergangenen Jahren hatte die EU versucht, die Rückführungsquote zu erhöhen, indem sie die Menschen zur freiwilligen Rückkehr motivierte. Nun strebt sie offenbar eine engere Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und EU-Behörden an.

Dies betrifft vor allem Frontex, die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache. Diese ist für die Überwachung der EU-Außengrenzen zuständig und arbeitet zu Wasser, zu Land und in der Luft. Seit ihrem Start 2005 hat sie die EU-Mitgliedstaaten unter anderem dabei unterstützt, die europäischen Grenzen zu sichern, Beziehungen zu Drittstaaten zu pflegen und die Rückführung von zur Rückkehr verpflichteten Personen zu vollziehen. Angesichts wachsender Migrationsströme gewinnen die von Frontex wahrgenommenen Aufgaben stetig an Bedeutung.

Im Jahr 2019 weitete die EU das Mandat von Frontex erneut aus (Verordnung (EU) 2019/1896). Die Agentur erhielt unter anderem die Befugnis, Grenzübertrittskontrollen durchzuführen und Personen zu registrieren. Frontex soll zudem bis zum Jahr 2027 über eine 10 000 Personen starke

„ständige Reserve“ verfügen, die sich aus Einsatzkräften sowohl von Frontex als auch von Mitgliedstaaten speist.

Bedeutend sind auch Veränderungen in der Zusammenarbeit mit Drittstaaten. Fortan darf Frontex bestimmte Länder in deren gesamtem Hoheitsgebiet beim Grenzschutz unterstützen, und das nicht nur in Regionen, die an die EU angrenzen. Beispielsweise trat am 1. November 2022 eine entsprechende Vereinbarung mit der Republik Moldau in Kraft. Nordmazedonien folgte am 1. April 2023. Auch mit Mauretanien und dem Senegal strebt die EU Gespräche über entsprechende Vereinbarungen an.

AUSWIRKUNGEN DES DUBLIN-SYSTEMS

Aktuelle Probleme des europäischen Grenzschutzes sind im sogenannten Dublin-System begründet, benannt nach der „Dublin-III-Verordnung“, die in allen EU-Mitgliedstaaten sowie der Schweiz, Norwegen, Liechtenstein und Island gilt. Dieses System soll sicherstellen, dass jeder Asylantrag innerhalb der EU nur einmal geprüft wird. Übertritt eine Person die Grenze eines Mitgliedstaates ohne die erforderlichen Einreisepapiere, ist dieser Staat für die Prüfung

des Antrags auf internationalen Schutz zuständig.

In Anrainerstaaten des Mittelmeers wie Italien, Griechenland, Spanien oder Malta kommen besonders viele Geflüchtete an. Diese Staaten sind gemäß dem Dublin-System dafür verantwortlich, die Ankommenden verwaltungstechnisch zu erfassen, was mit Aufwand und Kosten verbunden ist. Um dies zu verhindern oder zumindest den Aufwand zu verringern, bleiben den Ländern – rein nationalstaatlich betrachtet – zwei Möglichkeiten: Entweder sie hindern Flüchtende daran, das eigene Festland zu erreichen; das kann zu immer drastischeren Aktionen der Grenzschutzagenturen führen. Oder sie transportieren die Flüchtenden, sobald diese das Festland erreicht haben, möglichst rasch und ohne Asylverfahren in andere EU-Staaten beziehungsweise lassen sie dorthin weiterziehen. Hier spricht man von „Sekundärmigration“.

Zwar haben sich andere EU-Länder schon mehrfach bereit erklärt, den Anrainerstaaten des Mittelmeers freiwillig unter die Arme zu greifen, indem sie Geflüchtete aufnehmen oder sie finanziell unterstützen. Auf verbindliche Regeln zur Verteilung konnten sich die EU-Mitgliedsländer aber bislang nicht einigen. So schaffen Staaten, die besonders hart von illegaler Migration betroffen sind, vermehrt vollendete Tatsachen.

Italien beispielsweise erschwert die zivile Seenotrettung im Mittelmeer durch den Erlass völkerrechtlich bedenklicher Rechtsakte. Schiffe, die Menschen in Not gerettet



Italienische Küstenwache rettet Flüchtende im Mittelmeer.

haben, müssen sofort einen zugewiesenen Hafen ansteuern, ohne weiteren Booten in der Nähe Hilfe leisten zu dürfen. Die geretteten Personen sollen noch an Bord Asylanträge ausfüllen und mitteilen, in welchem EU-Land sie Asyl beantragen möchten. Bei Verstößen drohen den Verantwortlichen hohe Geldstrafen. Die Schiffe können unter Umständen konfisziert werden.

Zudem werden Schiffe mit geretteten Menschen teils wochen- oder monatelang festgesetzt, sofern sie es überhaupt an europäische Häfen geschafft haben. So gestrandete Flüchtlinge sind dadurch oft unkoordiniert der Verwahrlosung überlassen. Die inhumane Devise: Je weniger Menschen das eigene Festland betreten, desto weniger Verwaltungsaufwand wird generiert.

Die Bürgerinnen und Bürger der EU sind die Schreckensbilder von geflüchteten

beziehungsweise gestrandeten Menschen bereits gewohnt. Populistische politische Strömungen bemühen das Narrativ vom angeblich beabsichtigten „ethnischen Austausch“, um Angst zu erzeugen. Sie möchten dadurch das Bild der „Blocco navale“, der Seeblockade vor Nordafrika, als angebliche Lösung aller Probleme in den Köpfen zementieren.

Frontex ist derzeit sowohl Teil der Lösung als auch des Problems. Eine Küstenwache kann nur zur Bekämpfung der Symptome, nicht aber der Fluchtursachen eingesetzt werden. Die erneute Aufstockung des Etats und des Equipments der Agentur sowie die erwähnte Ausweitung ihres Aufgabenbereichs lassen allerdings eher eine Verengung der Spielräume für einen humaneren Umgang mit Flucht und Migration befürchten.

Eine Lösung der humanitär angespannten Lage kann es nur geben, wenn die Anrainerstaaten des Mittelmeers eng eingebunden werden. Statt ausschließlich Kritik daran zu üben, wie diese Staaten mit Migrant*innen umgehen, sollten die weniger von Migration betroffenen Staaten sowie die EU aktiv Unterstützung leisten, zum Beispiel, indem sie den stärker belasteten Staaten bei der Bewältigung der finanziellen, aber auch der humanitären Mammutaufgabe beispringen.



OLIVER HARRY GERSON
ist Wissenschaftlicher
Mitarbeiter am Lehrstuhl für
Deutsches, Europäisches und
Internationales Strafrecht an

der Universität Passau.

oliver.gerson@uni-passau.de

Gesetzlich garantierter Schutz

Zwar hat die EU mit Frontex eine Agentur für die Grenz- und Küstenwache berufen. Dennoch tragen weiterhin die Mitgliedstaaten die Hauptverantwortung für den Schutz ihrer Außengrenzen. Frontex ist zudem eingebunden in ein weitverzweigtes Regelungsnetzwerk zum Grenzschutz.

Menschen aus Drittländern ohne entsprechende Papiere dürfen zwar grundsätzlich nicht in die EU einreisen. Dies bedeutet allerdings nicht, dass sie überhaupt keine Rechte genießen. Beim Grenzschutz müssen Mindeststandards eingehalten und internationales Recht beachtet werden. Auf dem Meer etwa gelten Maßgaben des Völker- und Europarechts.

Zum Völkerrecht gehören beispielsweise das Internationale Seerecht und die Genfer Konventionen. Artikel 33 der Genfer Flüchtlingskonvention schreibt den Grundsatz des so-

genannten Non-Refoulement fest. Dieser besagt, vereinfacht ausgedrückt, dass keine Person gegen ihren Willen in ein Land zurückgeschickt werden darf, in dem sie der Verfolgung ausgesetzt ist.

Zum Europarecht gehört unter anderem die EU-Grundrechtecharta. Diese bindet alle europäischen Hoheitsträger sowie auch die Mitgliedstaaten bei der Durchführung von Unionsrecht und wirkt daher auch zum Schutz von Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürgern, wenn diese mit europäischen oder mitgliedstaatlichen Hoheitsakten konfrontiert werden.

Darüber hinaus gilt die Europäische Menschenrechtskonvention, ein völkerrechtlicher Vertrag zwischen den Mitgliedsländern des Europarats, der die Mitgliedstaaten zur Beachtung menschenrechtlicher Mindeststandards gegenüber jedem Menschen, der ihrer Hoheitsgewalt ausgesetzt ist, ver-



Demo für Rechte Geflüchteter vor dem Bundestag 2022.

plichtet. Hiervon werden noch wesentlich mehr Staaten in Europa, vor allem auch Nicht-EU-Mitglieder, umfasst (aktuell 46 Staaten).

Selbst außerhalb des EU- und des Europaratsterritoriums können europäische Einsatzkräfte ihre Verantwortung nicht einfach abwälzen, da regelmäßig eine sogenannte extraterritoriale Wirkung von Menschenrechten angenommen wird.

Auf diese Weise entsteht ein – zumindest theoretisch – lückenloser Schutzraum für alle Personen und an allen Or-

ten, an denen „europäische Herrschaftsgewalt“ ausgeübt wird.

Gleichwohl kann der konkrete Umgang einzelner EU-Staaten mit Geflüchteten grundlegende Menschenrechte verletzen, etwa wenn Anrainerstaaten des Mittelmeers Flüchtlinge mit nicht mehr verhältnismäßigen Mitteln von ihrer eigenen Küste fernhalten beziehungsweise ein Betreten des Festlands verhindern oder diese Menschen unter menschenunwürdigen Bedingungen festgesetzt werden (siehe Haupttext). OHG

HOCHSCHULBILDUNG

Zwei Länder, zwei Systeme

Die Politikwissenschaftlerin Suparna Banerjee hat in Indien studiert, bevor sie zur Promotion nach Deutschland zog. Hier schildert sie, wie sie die beiden unterschiedlichen Bildungssysteme erlebt hat.

Von Suparna Banerjee

Ich bin in Ostindien in der Stadt Kolkata, früher Kalkutta, aufgewachsen. Im Westen ist die Stadt vor allem als armutsgeplagte Wirkstätte Mutter Teresas bekannt. In Indien gilt sie als kulturelle Hauptstadt.

Meinen Bachelorabschluss in Soziologie erwarb ich am renommierten Presidency College, den Masterabschluss im selben Fach an der University of Calcutta. Mit einem Stipendium des indischen Außenministeriums erwarb ich dort außerdem einen forschungsorientierten Masterabschluss in Foreign Policy Studies. Beide Hochschulen sind staatlich und stammen noch aus der Kolonialzeit.

2016 begann ich als Doktorandin in Politikwissenschaft am Zentrum für Entwicklungsforschung der ebenfalls staatlichen Universität Bonn. Der Deutsche Akademische Austauschdienst unterstützte mich mit einem Stipendium. Ich schrieb meine Dissertation über interne Gewaltkonflikte in Indien und untersuchte, wie der indische Staat über mehrere Jahrzehnte auf den Maoismus reagiert hat.

Auffällig ist, dass deutsche Universitäten besser ausgestattet sind. Die Bibliotheken bieten mehr Ressourcen, die Gebäude sind in einem besseren Zustand, und auf eine Lehrperson kommen weniger Studierende. Das liegt natürlich daran, dass Deutschland reicher ist. Deshalb ist ein Leistungsvergleich der beiden Systeme wenig sinnvoll. Ich teile hier meine persönliche Sichtweise und weiß, dass andere Menschen durchaus andere Erfahrungen machen können.

In einem Punkt sind indische Hochschulen überlegen. Ihr Lehrpersonal muss in anspruchsvolleren institutionellen Kontexten mit mehr Studierenden zurechtkommen. Ein großer Unterschied ist auch, dass

Hochschulpolitik in Indien derzeit vor allem bedeutet, Demokratie und Menschenrechte gegen die rechtsnationale Regierung von Narendra Modi zu verteidigen. In Deutschland ist die Lage weitaus ruhiger.

Während meiner Studienzeit in Indien ging es in der sozialwissenschaftlichen Lehre weitgehend um die Vermittlung von Theorien. Sie zu verstehen ist sicher Voraussetzung für jede tiefgreifende Gesellschaftsanalyse. Allerdings beachtet man in Indien kaum, wie Theorien das aktuelle gesellschaftliche Leben erklären und zur Lösung von Problemen beitragen können, etwa zur Entwicklung und Umsetzung politischer Maßnahmen.

Während indische Studierende sich Theorien genau einprägen sollen, sollen deutsche sie auf neue Fragen anwenden und mit anderen Theorien vergleichen. Dieser Ansatz ist intellektuell spannender und führt zu tieferem Verständnis. Außerdem rüstet er die Studierenden für das spätere Berufsleben.

In Indien fehlt dieser praktische Ansatz. Deshalb entscheiden sich immer mehr Studierende für Medizin, Natur- und Ingenieurwissenschaften. Auch Handel und

Betriebswirtschaft gelten als aussichtsreicher für den Arbeitsmarkt als Soziologie oder Politikwissenschaft.

Deutsche Universitäten fördern die Schreibkompetenz der Studierenden. In den Sozialwissenschaften muss man sich präzise ausdrücken können. An indischen Universitäten hat das keine Priorität. Leider schreiben Studierende dort oft amateurhaft und reizlos.

ÜBER DEN ELFENBEINTURM HINAUS

Wenn die Sozialwissenschaften einen Einfluss auf die Gesellschaft haben sollen, müssen Hochschulen die Öffentlichkeit erreichen. Meiner Erfahrung nach sind sich deutsche Universitäten dessen eher bewusst. Es gibt jedoch einen Haken, besonders im Studium der Internationalen Beziehungen.

Deutschen Universitäten beharren meist auf der deutschen Sprache. Diese Gewohnheit führt eher zu provinziellen Ergebnissen. Zu wenige deutsche Wissenschaftler*innen beachten anderssprachige Veröffentlichungen, und deutschsprachige Publikationen ziehen keine große internationale Leserschaft an.

Es ist absurd, dass viele Doktorand*innen in Deutschland ihre Dissertationen immer noch auf Deutsch schreiben müssen, selbst wenn sie sich mit internationalen Themen befassen. Um in Südasien, Afrika oder Lateinamerika et-



Die Autorin vor dem Hauptgebäude der Universität Bonn.

was zu bewirken, müssten sie auf Englisch, Französisch, Spanisch oder Portugiesisch schreiben. Dennoch sind an deutschen Universitäten eingereichte Schriften und Konzepte sehr oft nur deutschsprachig.

Das Zentrum für Entwicklungsforschung in Bonn erwartet von Studierenden, dass sie in einer Sprache schreiben, für die ihre Forschung relevant ist. Leider ist das nicht überall Norm.

Aber selbst in Bonn bemerkte ich manchmal Provinzialismus. Meine Arbeit erforderte solide Kenntnisse des sozioökonomischen und politischen Kontext Indiens. Leider war dies am spezialisierten Zentrum der Universität nicht selbstverständlich. Meine Betreuenden waren kaum in Indien gewesen und hatten den Großteil ihres Wissens aus Artikeln und Büchern.

Buchwissen reicht aber zum Beispiel zum Verständnis der indischen Waldregionen nicht aus. Dort wurde bisher kaum geforscht, und die lokalen Adivasi-Gemeinschaften haben ihre eigene Kultur. Letztendlich konnte ich nicht alle für mich wichtigen Forschungsergebnisse in der Doktorarbeit unterbringen. Daher schrieb ich dann ein weiteres Buch, das vom international renommierten Routledge-Verlag angenommen wurde.

Die Prüfungsvorbereitung ist in Deutschland weniger stressig als in Indien. Indische Studierende versuchen, sehr viel auswendig zu lernen. In Deutschland hilft das nicht, denn hier wird nicht erwartet, Werke zu reproduzieren, sondern Konzepte auf neue Kontexte anzuwenden.

In Indien sind Noten und Zeugnisse sehr wichtig. Gute Ergebnisse werden zu einem sozialen Spektakel, während mittelmäßige und schlechte Noten oft Nährboden für Depressionen und Frustrationen sind. Man nimmt an, dass öffentliche Exposition der Leistung zu besseren Ergebnissen führt, weil sie Exzellenz belohnt.

In Deutschland wird Exzellenz anders verstanden. Wichtiger, als mit Wissen zu protzen ist, ob jemand auf interessante Ideen kommt. Wo sich das zeigt – in Diskussionen, Präsentationen, Hausarbeiten oder Prüfungen – ist weniger wichtig. Generell achten deutsche Lehrende eher auf die Gesamtleistung der Studierenden.

Hierarchien gibt es in beiden Systemen. Wenige Lehrkräfte mögen Widerspruch. In Indien bedeutet das, dass Studierende wiederholen sollen, was die



Studierendenproteste in Kolkata 2020.

Dozent*innen sagen. In Deutschland sollen sie stattdessen mit Ideen aufwarten, die mit den Sichtweisen der Lehrenden übereinstimmen. Ältere weiße Männer schätzen jedoch meiner Erfahrung nach originelle Ideen einer jungen Frau mit dunkler Haut nicht immer.

PRIVATE BILDUNGSINSTITUTIONEN

In beiden Ländern investieren die Regierungen auf allen Ebenen viel in Bildung. Universitäten genießen ein hohes Ansehen. Durch Korruption, Ineffizienz und schlechte Überwachung haben in Indien jedoch viele Menschen das Vertrauen in öffentliche Schulen verloren. Wenn Bürger die Wahl haben (das heißt, wenn sie Schulgeld zahlen können), ziehen sie meist private Schulen vor. Das Vertrauen in die öffentlichen Hochschulen ist größer. Junge Menschen wollen unbedingt aufgenommen werden, und wenn sie es schaffen, steigt ihr soziales Ansehen.

Das indische Bildungswesen kämpft zudem mit eigenen Sprachproblemen. Die staatlichen Schulen konzentrieren sich auf die Volkssprachen und Hindi. Englisch ist jedoch wichtig – nicht nur im tertiären Bildungsbereich, sondern auch in der Wirtschaft, der öffentlichen Verwaltung, im Recht und in der Politik. Viele Eltern entscheiden sich daher für private Schulen mit englischer Unterrichtssprache. Ein Nebeneffekt ist, dass die städtischen Mit-

telschichten so ihre Bildungsvorteile aufrechterhalten. Auch in Deutschland gibt es einige private internationale Schulen, die Privilegien verfestigen. Die meisten Eltern sehen deren Vorteile jedoch nicht als unverzichtbar für den zukünftigen Erfolg ihrer Kinder an.

Private Universitäten gibt es in beiden Ländern. Dennoch sind die Hochschulen mit dem größten Ansehen meist staatlich.

Beide Nationen haben einen langen Weg vor sich, um die Vision von Rabindranath Tagore, dem ersten asiatischen Literaturnobelpreisträger, zu verwirklichen. In einem Gedicht beschrieb er eine Welt, „wo der Geist ohne Furcht ist, wo das Wissen frei ist“.

LITERATUR

- Banerjee, S., 2022: *The ‚good‘ legitimacy; the ‚bad‘ legitimacy. A study of conflict prolongation through the prism of state responses towards Maoism in India.* Universität Bonn. <https://bonndoc.ulb.uni-bonn.de/xmlui/bitstream/handle/20.500.11811/9540/6507.pdf?sequence=1&isAllowed=y>
- Banerjee, S., 2023: *Maoist and government welfare – Excluding legitimacy or legitimizing exclusion?* London, Routledge



SUPARNA BANERJEE
ist Politikwissenschaftlerin
und lebt in Frankfurt am Main.
mail.suparnabanerjee@gmail.com

Kenia gewährt Flüchtlichen aus Südsudan Asyl – aber viele tun sich schwer damit, Arbeit zu finden.

Seite 23



Foto: picture-alliance/REUTERS/BAZ RATNER